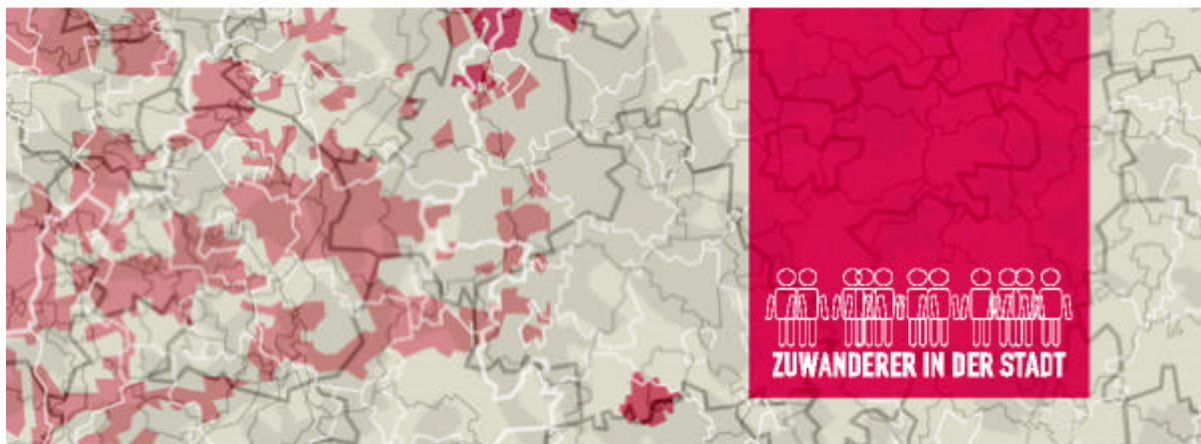




Regina Höbel
Melanie Kloth
Bettina Reimann
Ulla-Kristina Schuleri-Hartje

Stadträumliche Integrationspolitik

Umsetzung der Empfehlungen des Projekts
„Zuwanderer in der Stadt“



Regina Höbel
Melanie Kloth
Bettina Reimann
Ulla-Kristina Schuleri-Hartje

Voneinander lernen
Gute-Praxis-Beispiele stadträumlicher Integrationspolitik

Ergebnisse der Begleitforschung zum Verbundprojekt „Zuwanderer in der Stadt“

Bibliographische Informationen der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Herausgeber:

Schader-Stiftung

Deutscher Städtetag

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen

Deutsches Institut für Urbanistik

Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum

Bezugsadresse:

Schader-Stiftung

Projektgeschäftsstelle „Zuwanderer in der Stadt“

Karlstr. 85

64285 Darmstadt

Tel.: 06151/ 1759-0

Fax: 06151/ 1759-25

kontakt@schader-stiftung.de

www.zuwanderer-in-der-stadt.de

www.schader-stiftung.de

Das diesem Bericht zugrunde liegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 19W3048A im Programm Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren.

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 3-932736-17-6

ISBN 978-3-932736-18-6

Grafik, Satz und Druck: Druckerei Ph. Reinheimer, Darmstadt
September 2006

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Einführung und methodisches Vorgehen

Projekte und Maßnahmen in den Handlungsfeldern: Gute-Praxis-Beispiele

Kompetenzen und Angebote in der Kommune

„die brücke“, Lotsenprojekt Sprengelkiez - Berlin Mitte
Konzept für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen
Erarbeitung des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg
Interkulturelle Qualitätsentwicklung in Münchener Sozialregionen

Kompetenzen und Angebote bei Trägern sozialer Maßnahmen

Integrationskoffer - Essen, Altendorf
Treffpunkt der Kulturen - Hannover, Mittelfeld
Regionale Netzwerke für soziale Arbeit in München

Kompetenzen und Angebote in Wohnungsunternehmen

Schulungen in interkultureller Kompetenz - Nassauische Heimstätte Wohnungs- und
Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main
Modellprojekt zur aktiven Beteiligung der Bewohner bei der Auswahl von Mieter-Belegungspolitik -
Hannover Mittelfeld

Bildung

Förderung von Kindern aus libanesischen Familien durch Bildung von frühkindlichen Fördergruppen und
Erhöhung der Kindergartenbesuchsquote - Essen
„Spielend lernen in Familie und Stadtteil“ - Nürnberg, Langwasser und St. Leonhard/Schweinau

Sprachförderung

Der Kleine Stern - das Lern-Erlebnis-Programm - Berlin Mitte, Moabit West
Niedrigschwelliger Deutschkurs mit Kinderbetreuung – Kooperation von Integrationszentrum und
Wohnungswirtschaft – Hamburg
Literacy-Erziehung – ein Projekt der „Interkulturellen Pädagogik“ - München, Moosach

Berufliche Orientierung

Ausbildungsverbund ausländischer Unternehmen – Mannheim
Berufliche Orientierung an der Hauptschule Hummelsteiner Weg – Nürnberg, Südstadt

Migranten-Ökonomie

Deutsch-Türkisches Wirtschaftszentrum - Mannheim

Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten

Oststadt-Orchester - Essen
Internationaler Frauentreff Sossenheim - Frankfurt am Main
Beteiligungswerkstatt mit Migranten und Migrantinnen - Hannover, Mittelfeld
ProFi-Junior– Wettbewerb und Begleitung zum Aufbau von Schüler- und Jugendfirmen von
ProFimannheim (Projekt Firmengründung) - Mannheim, Neckarstadt-West und Rheinau
Perspektiven schaffen für muslimische Jugendliche - Mannheim

Sicherheitsempfinden im Quartier

Haus- und Siedlungsbetreuer in der Nassauischen Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft
mbH - Frankfurt am Main

Wohnumfeld

Kunst im Stadtteil – Großtransparente an Hochhäusern in Mümmelmannsberg - Hamburg
Umgestaltung eines Innenhofs unter Beteiligung der Bewohner - Hamburg, Mümmelmannsberg

Vorwort

Das Verbundprojekt „Zuwanderer in der Stadt“ hat sich in den letzten drei Jahren mit der Frage beschäftigt, wie Integration vor Ort in den Wohnquartieren gelingen kann.

Vor allem in den Großstädten haben sich ethnisch geprägte Quartiere entwickelt, deren soziale Zusammensetzung vorhandene soziale Problemlagen in ihrer Tendenz verstärkt. Das beeinträchtigt sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Entwicklungspotenziale. Dies zeigen die Bildungsabschlüsse der in diesen Gebieten lebenden Kinder und der zunehmende Ausschluss von Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund vom Arbeitsmarkt aufgrund fehlender Qualifikationen und mangelhafter deutscher Sprachkenntnisse.

Die eingeschränkte ökonomische und gesellschaftliche Teilhabe befördert den Rückzug der Zuwanderer in die eigene ethnische community und familiäre soziale Netze. Diese Dynamik im Auge zu behalten ist wichtig, da es im Zuge der demografischen Entwicklung künftig Wohngebiete geben wird, in denen mehrheitlich Bewohner mit Migrationshintergrund leben. Schon heute gibt es Wohnviertel mit einem Ausländeranteil von rund der Hälfte der Bewohner.

Die Probleme dieser Gebiete liegen allerdings nicht allein in der Zugehörigkeit der Menschen zu einer bestimmten Ethnie. Es ist vielmehr die Häufung von Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit von Transfereinkommen, Armut und geringen Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen, die sich durch die räumliche Konzentration wechselseitig verstärken.

Angesichts der Problemlagen und prognostizierten Entwicklungen hat sich das Projekt mit der Frage beschäftigt, welchen Beitrag Kommunen und Wohnungsunternehmen zur sozialen und räumlichen Integration von Migranten leisten können. Im Zentrum standen die Ermittlung und Bewertung kommunaler Handlungserfordernisse sowie die Umsetzbarkeit praktischer Maßnahmen zur Integration auf der Stadtteilebene.

Das Projekt basierte auf zwei Säulen. Zunächst hat ein Expertenforum aus Wissenschaftlern und Praktikern aus Kommunalverwaltung und Wohnungswirtschaft auf Basis von Begehungen, Anhörungen und wissenschaftlichen Expertisen Handlungsempfehlungen für die Akteure in den Städten erarbeitet. Diese wurden als „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ Anfang 2005 publiziert. Ausgehend von den Empfehlungen initiierten in der daran anschließenden Praxisphase die Verwaltungen und Wohnungsunternehmen aus acht kooperierenden Großstädten in ausgewählten Stadtquartieren integrationspolitische Maßnahmen in den Handlungsfeldern, die entsprechend den lokalen Gegebenheiten aus ihrer Sicht vorrangig waren. In dieser Phase wurden sie von den wissenschaftlichen Instituten Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) und Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum (InWIS) beraten und begleitet.

Im Einzelnen waren folgende Städte in dem Praxis-Netzwerk zusammengeschlossen:

- Berlin-Mitte mit Moabit-West
- Essen mit Altendorf und Bergmannsfeld
- Frankfurt a.M. mit der Nordweststadt
- Hamburg mit Mümmelmannsberg und Schiffbeker Berg
- Hannover mit Mittelfeld
- Mannheim mit Neckarstadt-West und Durlacher Straße (Rheinau)
- München mit Moosach
- Nürnberg mit Südstadt und Langwasser.

Die ausgewählten Stadtquartiere repräsentieren in ihrer Siedlungsstruktur einen Querschnitt städtischer Wohngebiete mit hohem Zuwandereranteil. Vertreten sind die Großsiedlung der 1960er und 1970er Jahre, das Arbeiterquartier der Nachkriegsära in aufgelockerter Bebauung und das klassische innerstädtische Arbeiterquartier aus der Gründerzeit. Mehrheitlich werden die Stadtteile oder Teilgebiete davon im Bundesländer-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ gefördert.

Der vorliegende Band mit Gute-Praxis-Beispielen kommunaler Integrationsprojekte ist auf Basis der Erkenntnisse aus der Begleitforschung zum Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ entstanden. Er ergänzt den abschließenden Forschungsbericht „Stadträumliche Integrationspolitik – Umsetzung der Empfehlungen des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“, der ebenfalls als Publikation vorliegt.

In Abstimmung mit den Partnern aus den kooperierenden Städten wurden Beispiele ausgewählt, die das Spektrum kommunaler Handlungsfelder beschreiben. Zu den Hauptauswahlkriterien zählten:

- die Einbeziehung bzw. Einbindung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung),
- die Konzeption und der integrative Gehalt,
- die kulturelle Vielfalt
- und die Langfristigkeit/Nachhaltigkeit der Maßnahme.

Mit dieser Sammlung „Guter-Praxis-Beispiele“ dokumentieren die Projektträger die vorhandene Vielfalt integrationspolitischer Handlungsansätze. Sie wollen damit den kommunalen und wohnungswirtschaftlichen Akteuren Anregungen und Hinweise für ihre integrationspolitischen Aufgaben vor Ort geben sowie Kontakte unter den Akteuren selbst vermitteln.

Christoph Kulenkampff

Projektleiter „Zuwanderer in der Stadt“

Darmstadt im September 2006

Einführung und methodisches Vorgehen

Sozialräumliche Integration von Zuwanderern. Ein Thema für Kommunen und Wohnungsunternehmen

Dass sich Zuwanderer in bestimmten Wohnquartieren konzentrieren, ist nicht nur in vielen deutschen Großstädten, sondern auch in anderen Ländern mit starker Einwanderung zu beobachten. Vielerorts ist eine sozialräumliche Ausdifferenzierung und Segregation der Wohnbevölkerung festzustellen: Soziale Ungleichheiten in Bezug auf Herkunft, Lebensstil und soziale Lage schlagen sich auch in der Verteilung der Wohnbevölkerung nieder. In den meisten Städten gibt es Quartiere, die tendenziell von besser Situierten und solche, die eher von sozial und ökonomisch benachteiligten Personen bewohnt werden.

Segregation wird häufig in Bezug auf Ausländer und Zuwanderer diskutiert und damit auf den Aspekt der ethnischen Segregation reduziert. Hierbei wird meist übersehen, dass es sich nicht vorrangig um ein Ausländer-, sondern um ein Armutproblem handelt: Es gibt eine sozialräumliche Konzentration von sozioökonomisch schlechter gestellten Bevölkerungsgruppen, und unter diesen ist der Anteil von Zuwanderern überdurchschnittlich hoch.

Diese Segregation ist oft nicht selbst gewählt, sondern Ergebnis von Zwängen und Diskriminierungen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Sie ist auch ein Resultat sozial selektiver Wanderungen: Besser verdienende und mobile Bevölkerungsgruppen neigen dazu, aus „armen“ Quartieren wegzuziehen, und so verschlechtert sich in bestimmten Wohnquartieren die sozio-ökonomische Lage weiter.

Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass Stadtplanung und Wohnungswirtschaft keine wirksamen Instrumente haben, um eine einmal entstandene sozialräumliche Segregation wieder aufzulösen (vgl. Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ 2005, Höbel/Kloth/Reimann/Schuleri-Hartje 2006). Vor diesem Hintergrund scheint es für die Zukunft notwendig, Ressourcen stärker darauf zu richten, die Folgen dieser Konzentration von Armut und sozialer Benachteiligung in den Stadtteilen abzubauen. Damit steht die Frage im Mittelpunkt, was Kommunen und Wohnungsunternehmen unter den Bedingungen der sozialräumlichen Segregation dazu beitragen können, um die Integration von Zuwanderern vor Ort zu verbessern. Da immer weniger Personen, insbesondere Zuwanderer, über den Arbeitsmarkt integriert sind, gewinnen Quartier, Wohnung und Wohnumgebung für den Integrationsprozess und für ein relativ konfliktfreies Zusammenleben an Bedeutung.

Gute-Praxis-Beispiele: Ziel, Auswahl und Vorgehensweise

Die vorliegende Darstellung von Gute-Praxis-Beispielen soll primär dem Informationsbedarf von Kommunen und Wohnungswirtschaft entsprechen. Sie möchte Anregungen, Hilfestellungen und Kontaktmöglichkeiten für das Themenfeld „Stadträumliche Integrationspolitik“ darstellen und somit Anreize für weitere Initiativen im Alltagshandeln von Kommunen und Wohnungsunternehmen geben.

Die Auswahl und Darstellung der Gute-Praxis-Beispiele erfolgte in enger Abstimmung mit den Ansprechpartnern in den Fallstudienstädten sowie den jeweiligen Projektträgern. Die ausgewählten Maßnahmen und Projekte sind unterschiedlich umfangreich und komplex, ebenso unterscheiden sie sich in ihren Laufzeiten. Sie werden verschiedenen Handlungsfeldern zugeordnet, die an die in den „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ (vgl. Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ 2005) benannten Handlungsfelder angelehnt sind.

Gute-Praxis-Kriterien für die Auswahl der Fallbeispiele

Für eine nachvollziehbare Auswahl von Gute-Praxis-Beispielen ist die Entwicklung von sinnvollen und aussagekräftigen Kriterien erforderlich. Bei der Entwicklung und Zusammenstellung der nachfolgenden Gute-Praxis-Kriterien wurden die folgenden Forschungsergebnisse und Analysen berücksichtigt:

- ∨ Boehme, Christa et.al., Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit, Teil 2, Gute-Praxis-Beispiele in Kommunen – Mitmachen lohnt!, Berlin, 2005
- ∨ Petendra, Brigitte, Sozialräumliche Integration von Zuwanderern, Darmstadt, Best-Practice-Projekte, 2005

- Deutsches Institut für Urbanistik, Good-Practice in Altbau- und gemischten Quartieren. Eine Analyse im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, Berlin 2003 (Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Bd. 10)

Außerdem berücksichtigen die Kriterien die vom Expertenforum aufgestellten Grundsätze für die Umsetzung der „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ (vgl. Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ 2005, S. 67 f.)

Bei den ausgewählten Gute-Praxis-Kriterien wird zwischen so genannten Basiskriterien und Zusatzkriterien differenziert:

Basiskriterien sind Kriterien, denen alle Projekte entsprechen müssen, die als gute Beispiele ausgewählt werden. Die Erfüllung aller Zusatzkriterien dagegen ist nicht zwingend Voraussetzung für den Status „Gute-Praxis-Beispiel“, sondern lediglich wünschenswert. Damit wird der in Frage kommende Kreis von Projekten und Maßnahmen nicht zu eng gefasst, sondern es können auch solche für den Erfahrungstransfer genutzt werden, die nur in einzelnen Zusatzkriterien vorbildlich sind.

Alle ausgewählten Projekte wurden daraufhin geprüft, ob sie sich grundsätzlich auf andere Städte und Stadtteile übertragen lassen bzw. dafür besonders geeignet sind. Dabei wird jedoch nicht davon ausgegangen, dass die Gute-Praxis-Beispiele eins zu eins in anderen Kommunen umgesetzt werden können, denn die Ausgangsbedingungen in den Kommunen und Wohnungsunternehmen sind in der Regel unterschiedlich. Daher wurden solche Projekte als übertragbar gewertet, für die voraussichtlich die notwendigen Rahmenbedingungen auch in anderen Städten/Quartieren geschaffen werden können. Sie sollen andere Akteure anregen, Maßnahmen zur Integration zu ergreifen bzw. weiterzuentwickeln.

Basiskriterien

- Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)*

Positiv bewertet werden Projekte und Maßnahmen, bei deren Konzeption und Umsetzung lokale Akteure, Bürgerinnen und Bürger, Netzwerke, Initiativen, Institutionen und andere sozialraumorientierte Ressourcen und Gegebenheiten (wie Räumlichkeiten, Örtlichkeiten etc.) genutzt und eingebunden werden. Der Aufbau oder das Vorhandensein vernetzter Strukturen werden besonders hoch bewertet (siehe auch Kooperation zwischen Akteuren). Von besonderem Interesse sind Projekte und Maßnahmen, die gemeinsam von Kommunen und Wohnungsunternehmen konzipiert und/oder durchgeführt werden.

- Konzeption und integrativer Gehalt*

Als gutes Beispiel bewertet werden Projekte und Maßnahmen, für die klare Konzeptionen und Zielstellungen vorliegen, die verschiedene Handlungsfelder der Integrationsförderung umfassen, oder die beides vorbereiten. Dies kann auch in Form eines „Integrierten Handlungskonzeptes“ erfolgt sein, wie sie als Steuerungs- und Koordinierungsinstrument in Programmgebieten der Sozialen Stadt Anwendung finden.

Positiv bewertet werden Projekte und Maßnahmen, bei denen Handlungsfelder in besonderer Weise miteinander verknüpft werden und die sich durch eine fachübergreifende und kooperative Umsetzung unter Herstellung von „win-win-Situationen“ auszeichnen. Positiv bewertet wird auch, wenn Konzeption und Zielstellung von der Politik mitgetragen werden.

- Kulturelle Vielfalt*

Positiv bewertet werden Projekte und Maßnahmen, bei denen die kulturelle Vielfalt der Zuwanderergruppen berücksichtigt wurde. Dazu muss kulturelle Vielfalt wahrgenommen und anerkannt werden, und es müssen Lösungen für unterschiedliche Bedürfnisse und Bedarfe entwickelt werden. Diesem Kriterium liegt die Erfahrung zugrunde, dass an den kulturell unterschiedlichen

Hintergründen der jeweiligen Bevölkerungsgruppen angeknüpft werden muss, um den verschiedenen Bedürfnissen der Zuwanderergruppen Rechnung zu tragen und die Akzeptanz von Projekten und Maßnahmen zu erhöhen.

✓ *Langfristigkeit/Nachhaltigkeit*

Positiv werden Vorhaben bewertet, die nicht nur aus einmaligen oder kurzfristigen Aktionen bestehen, sondern längerfristig konzipiert sind und deren intendierte integrationsfördernde Wirkungen nach Ablauf des Vorhabens weiterhin bestehen. Gute-Praxis-Beispiele können sich aber auch dadurch auszeichnen, dass durch das Projekt oder die Maßnahme bürgerschaftliches Engagement stabilisiert bzw. befördert wird oder dass das Vorhaben die Situation der anvisierten Zielgruppe(n) oder der Angebotsstrukturen verbessert.

Zusatzkriterien

✓ *Sozialraumbezug*

Positiv bewertet wird der Bezug von Projekten und Maßnahmen auf einen bestimmten Sozialraum, einen Stadtteil oder ein Quartier, bzw. von stadtweiten Maßnahmen und Projekten, die positive Effekte für einen Sozialraum haben. Diese knüpfen an der Alltagswelt und den konkreten Lebensbedingungen der Zielgruppen – insbesondere der Migranten - an (Lebensweltorientierung).

✓ *Kooperation zwischen Akteuren*

Positiv bewertet wird, wenn stadtteilrelevante und -orientierte Akteure und Einrichtungen im Themenfeld „Sozialräumliche Integration“ in stabilen und vernetzten Strukturen kooperieren. Dabei kann es sich um Kooperationen innerhalb der Kommunalverwaltung handeln, aber auch um Kooperationen der Kommunalverwaltung mit Einrichtungen außerhalb der Verwaltung (z.B. Wohnungsunternehmen) bzw. mit Bürgerinnen und Bürgern sowie um Kooperationen zwischen Akteuren außerhalb der Verwaltung. Das Label „Gut“ ist insbesondere dann erfüllt, wenn es im Rahmen der Kooperationen gelingt, „win-win-Situationen“ unter den Beteiligten zu schaffen. Gute Praxis kann in diesem Zusammenhang auch bedeuten, dass bislang üblicherweise zu wenig eingebundene Kooperationspartner für eine Zusammenarbeit gewonnen werden konnten, z.B. aus dem Bereich Wirtschaft.

✓ *Empowerment (Befähigung und Qualifizierung)*

Positiv bewertet werden Projekte und Maßnahmen, die direkt bei den Bürgern (vor allem Zuwanderern) ansetzen, auf deren Stärken und Ressourcen aufbauen und sie mittels Information sowie der Verbesserung ihrer Kompetenzen in ihrer Entwicklung unterstützen.

Als Gute-Praxis-Beispiele werden diejenigen Teilnehmungsangebote gewertet, die sich weitgehend an den Erfordernissen und Bedürfnissen der zu erreichenden Bevölkerungsgruppen orientieren und lokal und zeitlich begrenzte Beteiligungsmöglichkeiten (z.B. Mitmachprojekte) anbieten. Gute Beispiele, die dieses Kriterium erfüllen, gestehen den beteiligten Bürgern Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume zu.

✓ *Impulswirkung*

Gute-Praxis-Beispiele können sich auch dadurch auszeichnen, dass ein einzelnes Projekt, eine einzelne Maßnahme in einem bestimmten Handlungsfeld eine hohe Impulswirkung auf ein oder mehrere

andere Handlungsfelder des Themenfeldes „Sozialräumliche Integration“ hat (Anstoßwirkung im Sinne von „Leuchtturmprojekten“).

✓ *Berücksichtigung von Gender-Aspekten*

Positiv bewertet werden Vorhaben, bei denen geschlechtsspezifische Aspekte des Themenfeldes „Sozialräumliche Integration“ berücksichtigt werden. Dieses Kriterium resultiert aus den Erkenntnissen, dass durch geschlechtsspezifische Ausrichtung Wirksamkeit und Akzeptanz von Maßnahmen und Projekten der sozialräumlichen Integration erhöht werden können, und dass Beteiligung nur funktioniert, wenn an der Lebenswelt der Bevölkerungsgruppen angeknüpft wird.

✓ *Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit*

Positiv bewertet wird, wenn durch Öffentlichkeitsarbeit dazu beigetragen wird, für das Themenfeld „Sozialräumliche Integration“ zu sensibilisieren und das Problembewusstsein und Engagement möglichst vieler Akteure für das Themenfeld zu befördern. Positiv ist auch, wenn durch diese Kommunikation eine Einbindung und Aktivierung der Gebietsbevölkerung und vor allem der Zuwanderer gelingt.

✓ *Wissenschaftliche Begleitung/Evaluation*

Positiv bewertet werden Projekte und Maßnahmen, deren Wirksamkeit durch Selbst- oder Fremdevaluation überprüft wird und deren Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität aufgrund der Evaluationsergebnisse im Sinne eines Qualitätsmanagements laufend entwickelt und verbessert werden.

Projekte und Maßnahmen in den Handlungsfeldern: Gute-Praxis-Beispiele

Die Gute-Praxis-Beispiele lassen sich verschiedenen Akteuren zuordnen: Erfolge in der stadträumlichen Integrationspolitik werden von bestimmten Kompetenzen und Angeboten in Kommunen, bei Trägern sozialer Maßnahmen sowie in Wohnungsunternehmen befördert. Darüber hinaus sind verschiedene ausgewählte Handlungsfelder von besonderer Relevanz für die Integrationspolitik.

Die „Gute-Praxis-Beispiele“ zur Beförderung der stadträumlichen Integrationspolitik werden daher folgenden zehn Bereichen zugeordnet:

- v Kompetenzen und Angebote in der Kommune
- v Kompetenzen und Angebote bei Trägern sozialer Maßnahmen
- v Kompetenzen und Angebote in Wohnungsunternehmen
- v Bildung
- v Sprachförderung
- v Berufliche Orientierung
- v Migrant*innen-Ökonomie
- v Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten
- v Sicherheitsempfinden im Quartier
- v Wohnumfeld

Bei der Zuordnung der Gute-Praxis-Beispiele ist zu berücksichtigen, dass die Handlungsfelder untereinander enge Berührungspunkte haben. Daher betreffen die Beispiele in der Regel nicht nur ein Handlungsfeld, sondern gleichzeitig mehrere. Dies ist durchaus gewünscht und entspricht dem Kriterium des integrativen Gehalts der Projekte. Die Zuordnung eines Gute-Praxis-Beispiels berücksichtigt jeweils, in welchem der Handlungsfelder die größten Effekte erzielt werden.

Jedem Handlungsfeld wird im Folgenden ein einleitender Text voran gestellt, um die Relevanz für Kommunen und Wohnungsunternehmen hervorzuheben. Der Text ist ebenso wie die Handlungsfelder selbst an die „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ angelehnt (vgl. Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ 2005).

Kompetenzen und Angebote in der Kommune

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und ein andauernder Prozess. Dieser kann durch vielfältige Aktivitäten und Maßnahmen befördert werden, für die spezifische Kompetenzen erforderlich sind. In vielen Kommunen wurde die Integration von Zuwanderern bereits zu einem frühen Zeitpunkt als Aufgabe erkannt und durch Konzepte, Projekte und Maßnahmen unterstützt. Häufig lag die Verantwortlichkeit für dieses Politikfeld bei den dafür eingesetzten Integrationsbeauftragten der Städte. Weitgehend fehlte das Bewusstsein dafür, dass Integration als Querschnittsaufgabe zu verstehen ist und dafür entsprechende Organisationsstrukturen in der Verwaltung zu schaffen sind.

Inzwischen wurden in vielen Kommunen auf gesamtstädtischer Ebene ganzheitlich orientierte und ämterübergreifende Integrationskonzepte erarbeitet und verabschiedet. Zudem existieren meist Maßnahmenpläne und jährliche Berichte, die den Stand von und die Erfahrungen mit einzelnen Maßnahmen dokumentieren. Zur Erarbeitung dieser Konzepte und Berichte werden in der Regel ämterübergreifende Arbeitskreise gebildet, die mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet sind. Um langfristiges Interesse und Engagement aller Akteure zu fördern und zu binden, wurden in vielen Städten Träger sozialer Angebote in die Erarbeitung von Konzepten und Maßnahmen sowie in Arbeitskreise einbezogen. Vielerorts werden vermehrt Personen mit Migrationshintergrund als bikulturelle Experten beschäftigt, vor allem an Arbeitsplätzen mit Außenkontakten. Diese Mitarbeiter wirken auch als Wissensmultiplikatoren innerhalb der Verwaltung. Ergänzt werden diese Entwicklungen durch interkulturelle Fort- und Weiterbildung der Verwaltungsmitarbeiter.

Obwohl die Städte Zuwanderern verschiedenste soziale Dienstleistungen anbieten, besteht nach wie vor das Problem, dass diese zu wenig genutzt werden und damit ihre Zielgruppe nur mangelhaft oder gar nicht erreichen. Vor diesem Hintergrund werden in verschiedenen Städten und Kommunen die örtlichen Angebotsstrukturen stärker auf spezifische Bedürfnisse der Zuwanderergruppen ausgerichtet. Zur Ermittlung von Bedarfen werden – zwar arbeitsintensive, aber letztlich zielführende – aktivierende Befragungen durchgeführt, so dass die Bedürfnisse der Zuwanderer berücksichtigt werden. Zudem wird nach Möglichkeiten gesucht, die Zuwanderer besser über Angebote zu informieren.

„die brücke“, Lotsenprojekt Sprengelkiez Berlin Mitte

Im Lotsenprojekt „die brücke“ kooperiert die Verwaltung mit Zuwanderern. Mittlerpersonen (Lotsen) informieren Migranten über Regelangebote und Dienstleistungen des Berliner Bezirks Mitte und führen sie an diese heran. Qualifizierte Empfänger von Arbeitslosengeld II nichtdeutscher Herkunft werden innerhalb eines Jahres durch ein mit den Fachabteilungen des Bezirksamtes abgestimmtes und von diesen auch durchgeführtes Programm als Lotsen fortgebildet. Dabei werden etwa 35 Bausteine (z.B. Struktur des Bezirksamtes, familienunterstützende Hilfen, Schulden, Wohnungsnotfälle) durchgearbeitet. Die Lotsen halten Kontakt zu Beratungs- und Betreuungsstellen, Schulen und Kindertagesstätten, um bei Bedarf zur Verfügung zu stehen. Sie bieten in einem interkulturellen Gemeinwesenzentrum Sprechstunden in unterschiedlichen Sprachen an.

Seit dem 1. November 2005 arbeitet das erste Team von acht Lotsen, die zusammen über Kenntnisse in sieben Sprachen (arabisch, deutsch, englisch, französisch, kurdisch, serbo-kroatisch, türkisch) verfügen. Das JobCenter Berlin Mitte stellt die ABM-Stellen, deren Trägerschaft der Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA) Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V. in Kooperation mit FITA e.V., Verein zur Förderung der interkulturellen Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen e.V., übernimmt. Das Quartiersmanagement finanziert die Projektleitung mit Mitteln aus dem Programm Soziale Stadt.

Das Projekt wird in Kooperation mit der Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin ausgewertet. Bei positiver Bewertung wird das Bezirksamte Mitte allen Quartiersmanagements des Bezirks die Lotsenteams empfehlen. Bereits seit Dezember 2005 wird im Quartiersmanagement-Gebiet Brunnenviertel ein zehnköpfiges Team eingesetzt; ab August 2006 sollen acht Lotsen in einem dritten Gebiet arbeiten.

Projektträger und Beteiligte / Kooperationspartner

- Projektträger: VIA (Verband für Interkulturelle Arbeit) Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V. in Kooperation mit Fita e.V., Verein zur Förderung der interkulturellen Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen e.V.
- Bezirksamte Mitte von Berlin mit verschiedenen Fachabteilungen und Fachdienststellen
- JobCenter Berlin Mitte
- Quartiersmanagement Sparrplatz, Berlin Wedding
- Einrichtungen, Vereine, Kindertagesstätten und Schulen des Stadtteils
- Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin (Prof. Dr. Jürgen Nowak).

Projektkosten und Finanzierung

- Finanzierung von Vorprojekt und Projektleitung über Mittel des Programms Soziale Stadt
- ABM-Stellen durch JobCenter Berlin Mitte.

Laufzeit

seit 1. November 2005

Weitere Informationen

www.sparrplatz-quartier.de

Ansprechpartner

Herr Fahri Baykara, Projektleiter
Lotsenprojekt Sprengelkiez „die brücke“
Sprengelstraße 15
13353 Berlin
Tel.: 030 – 60503098
Fax: 030 – 6050 3102
Email: lotsen-sprengel@web.de

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Stadtteil-Bewohner mit Migrationshintergrund sind Lotsen und Zielgruppen zugleich.
- Niedrigschwellige aufsuchende Arbeit spricht bislang schwer erreichbare Bewohnergruppen an
- Unterstützung durch das Bezirksamt, das örtliche Quartiersmanagement, weitere lokale Einrichtungen sowie eine Arbeitsgruppe „Koordination der Lotsenprojekte“.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Ressort- und fachübergreifende Zusammenarbeit des Bezirksamtes Mitte gewährleistet integrativen Ansatz
- Ausbildung der Lotsen durch Programm mit 35 relevanten Bausteinen.

Kulturelle Vielfalt

- Multilinguale Sprechstunden
- Multiethnische Zusammensetzung der Lotsen.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Nachhaltig wirksame interkulturelle Öffnung der Verwaltung
- Lerneffekte in der Bewohnerschaft
- geplante Ausdehnung auf weitere Gebiete des Bezirks.

Kooperation zwischen Akteuren

- Kooperation innerhalb der Verwaltung sowie zwischen Verwaltung und Bürgern.

Empowerment

- Aufbau auf Fähigkeiten und Kompetenzen der Lotsen
- Hilfe zur Selbsthilfe.

Wissenschaftliche Begleitung/Evaluation

- Wissenschaftliche Begleitung unter Einbeziehung der Beteiligten.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Unterstützung des Bezirksamtes Mitte von Berlin (politisch und fachlich)
- inhaltliche Unterstützung durch die Beteiligung verschiedener Fachabteilungen des Bezirksamtes
- verschiedene Migrationshintergründe und Erfahrungen sowie unterschiedliche Sprachkompetenzen der Lotsen
- Quartiersbezug der Projektteilnehmer und Lotsen
- regelmäßige Kontaktpflege zu den Infrastruktureinrichtungen im Gebiet.

Konzept für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen

Die Stadt Essen hat in der Integrationspolitik eine lange Tradition der Netzwerkbildung und der Einbindung relevanter Akteure in ein strategisches Management-System. Bereits Mitte der 80er Jahre wurden umfangreiche Handlungsprogramme zur Integration erarbeitet. Zehn Jahre später beauftragte der Stadtrat die Verwaltung, ein zukunftsorientiertes „Konzept für die interkulturelle Arbeit“ zu erstellen. Es wurde in einem zweijährigen partizipativen Prozess mit relevanten Akteuren (Vertreter der Migranten, Schulen, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Wissenschaft, Verwaltung, Politik, u.a.) und unter wissenschaftlicher Begleitung entwickelt und 1999 vom Rat der Stadt Essen einstimmig beschlossen.

Das Interkulturelle Handlungskonzept zielt auf die Erweiterung der Handlungskompetenzen und Erfahrungsmöglichkeiten von einheimischen und zugewanderten Einwohnern. Gegenseitiges Misstrauen soll abgebaut und ein gemeinsames Leben unter Einbezug unterschiedlicher Lebenserfahrungen gefördert werden. Voraussetzung dafür ist die Akzeptanz eigenethnischer Strukturen innerhalb der Stadtgesellschaft. Auf Basis einer Ist-Analyse wurden von einzelnen Arbeitsgruppen für verschiedene Handlungsfelder (u.a. „Arbeitsmarktintegration, Beschäftigung und Qualifizierung von Migranten“, „Wohnsituation nichtdeutscher Haushalte“ und „Interkulturelle Konflikte“) jeweils Ziele bestimmt und Maßnahmen entwickelt. Zudem richten sich Querschnittsthemen an Verwaltung und Politik (u.a. interkulturelle Öffnung der Verwaltung; Stärkung der Partizipation der Migranten).

Umsetzung und Weiterentwicklung des Konzepts werden seit 1999 durch die RAA/Büro für interkulturelle Arbeit koordiniert. Sie verfügt dazu über ein besonderes „Innovations-Budget“ zum „Ausbau der interkulturellen Orientierung“ im Rahmen eines gesamtstädtischen Steuerungsverfahrens.

Projekträger und Beteiligte

- Stadt Essen, RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien) / Büro für interkulturelle Arbeit
- Stadt Essen, Büro für Stadtentwicklung
- Vertreter der Migranten
- Schulen, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Wohnungswirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung, Politik, u.a..

Projektkosten und Finanzierung

- Beteiligung der Akteure an der Konzepterstellung als Eigenleistung der Stadtämter bzw. Institutionen
- Finanzierung der wissenschaftlichen Begleitung durch das Land NRW
- Jährlich ca. 70.000 € für Steuerung durch die RAA/Büro für interkulturelle Arbeit
- Umsetzung der Maßnahmen v.a. mit kommunalen Haushaltsmitteln
- Im Jahr 2005 insgesamt kommunale Mittel sowie Drittmittel von ca. 1,5 Millionen €.

Laufzeit

Laufende Fortschreibung seit Beschluss durch den Stadtrat am 28.4.1999.

Weitere Informationen

Stadt Essen (Hg.) (1999): Konzept interkulturelle Arbeit. Vorstellung der Ergebnisse und Handlungsvorschläge aus den Arbeitsgruppen. Fachtagung am 18.01.1999. Essen

Stadt Essen, RAA/Büro für interkulturelle Arbeit (Hg.): Sachbericht 2005. Sach- und Erfahrungsberichte der Maßnahmeträger. Essen (im Erscheinen)

Ansprechpartner

Herr Dr. Helmuth Schweitzer RAA/Büro für interkulturelle Arbeit der Stadt Essen Tiegelstr. 27 47141 Essen Tel.: 0201/8328-401	Frau Iris Kaplan-Meys RAA/Büro für interkulturelle Arbeit der Stadt Essen Tiegelstr. 27 47141 Essen Tel.: 0201/8328-406
---	---

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Einbindung aller relevanten Akteursgruppen in die Konzepterarbeitung
- gezielter Aufbau eines Netzwerks, das auch in die Umsetzung eingebunden ist.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Konzepterstellung auf Basis einer umfassenden Bestandsaufnahme
- Entwicklung aufeinander bezogener Ziele für alle relevanten Handlungsfelder.

Kulturelle Vielfalt

- Einbindung von Vertretern verschiedener Migrantengruppen in die Erarbeitung
- das Konzept richtet sich explizit an alle Essener Bürger und Akteure.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Konzept als Basis für einen dauerhaften Prozess
- hochrangige Ansiedlung der Verantwortung bei der Dezernentin für Soziales, Arbeit und Gesundheit.
- Die nachhaltige Umsetzung hängt davon ab, inwieweit erfolgreiche Maßnahmen in das Regelsystem übernommen werden.

Kooperation zwischen Akteuren

- Konzepterarbeitung als breiter partizipativer Prozess

Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit

- Durch partizipative Konzepterarbeitung Sensibilisierung und Aktivierung breiter Akteursgruppen.

Wissenschaftliche Begleitung/Evaluation

- Entwicklung des Konzepts unter wissenschaftlicher Begleitung
- es existiert dem Stadtrat berichtspflichtiges Monitoring und Controlling für Steuerung und Umsetzung.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Zielerarbeitung in partizipativem Prozess erzeugt breite Trägerschaft und Verantwortlichkeit für das Konzept
- ausreichend Finanzmittel für die Umsetzung
- ausreichende und qualifizierte Personalressourcen für Monitoring und Controlling
- Zielerreichung ist dauerhaft als gemeinsame Aufgabe in einem überparteilichen Konsens neu auszuhandeln.

Erarbeitung des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg

In unmittelbarer Verantwortung des Nürnberger Oberbürgermeisters wurde seit Mitte 2002 die kommunale Integrationspolitik zentrales und gesamtstädtisches Handlungsfeld. Aufbauend auf dem bisherigen „Ausländerprogramm“ erarbeitet in diesem Kontext die referatsübergreifende Koordinierungsgruppe „Integration“ ein neues Integrationsprogramm für Nürnberg. Die Gruppe entwickelt konkrete Umsetzungsmaßnahmen und koordiniert die städtischen Aktivitäten in den Bereichen Integration und interkulturelle Arbeit.

In der Koordinierungsgruppe sind alle relevanten Referate und Dienststellen der kommunalen Verwaltung vertreten. Die Mitglieder werden persönlich durch den Oberbürgermeister berufen, und die Gruppe hat über eine teilnehmende Mitarbeiterin seines Stabes eine enge Verbindung zu ihm. Zur Bearbeitung verschiedener Aufgabenstellungen wurden Unterarbeitsgruppen gebildet (z.B. AG „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“, „Ethnische Ökonomie“, „Bildungsoffensive“). Sie erarbeiten in enger Zusammenarbeit mit den Fachreferaten die integrationspolitischen Teilkonzepte und Maßnahmen. Zusätzlich wurden ein Kuratorium und eine neue Stadtratskommission für Integration eingerichtet, deren Vorsitz jeweils der Oberbürgermeister innehat. Integrationspolitik ist damit Querschnittsaufgabe der kommunalen Verwaltung.

In die Programmearbeitung und –fortschreibung fließen verschiedenste Impulse ein: neben städtischen Institutionen sind auch freie Träger der Migrantenarbeit und weitere Institutionen wie z.B. die Kammern eingebunden. Der Entwurf des Integrationsprogramms wurde im Ausländer- und Aussiedlerbeirat sowie auf einem Hearing mit 68 Migrantenorganisationen diskutiert. Kommunale Dienststellen führen zudem mit Migrantenorganisationen und Vertretern aus Gesellschaft, Politik und Verwaltung Befragungen, Tagungen, offene Foren und Diskussionsreihen zur Nürnberger Integrationspolitik durch.

Projektträger und Beteiligte

- Koordinierungsgruppe „Integration“: Stadtrechtsdirektorium, Amt für Statistik und Stadtforschung, Bürgermeisteramt, Personalamt, Schulreferat, Amt für Volks- und Förderschulen, Sozialreferat, Jugendamt, Seniorenamt, Amt für Kultur und Freizeit, Bildungszentrum, Amt für Wirtschaft, Amt für Wohnen und Stadterneuerung, Menschenrechtsbüro, Aussiedlerbeauftragte, Geschäftsführer des Ausländerbeirats
- Kommission für Integration: Oberbürgermeister, Stadtratsfraktionen, Vertreter des Aussiedler- und Ausländerbeirats, externe Sachverständige (z.B. Caritas, Stadtmission, AWO, Kreisjugendring)
- Integrationskuratorium: Kammern, Agentur für Arbeit, staatliches Schulamt, Aussiedler- und Ausländerbeirat, Religionsgemeinschaften, Wissenschaft, Presse, Polizei, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Träger der Freien Wohlfahrtspflege, Stadtratsfraktionen, Konsulate, Bürgervereinsvertreter
- Migrantenorganisationen.

Projektkosten und Finanzierung

- Programmearbeitung und –fortschreibung sowie Beteiligungsprozess durch Regeldienste der Kommunalverwaltung
- Zusätzlich eine BAT III-Personalstelle für ein Jahr für die Erstellung des Programmtextes.

Laufzeit

Kontinuierlicher Erarbeitungsprozess; Koordinierungsgruppe und Beteiligungsprozess sollen (in unterschiedlichen Organisationsformen und Intensitäten) auf Dauer bestehen.

Weitere Informationen

www.forum-interkultur.net

Ansprechpartner

Frau Dr. Christine Meyer
Bürgermeisteramt
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Tel. 0911/231-7503
Fax 0911/231-3678
Email: christine.meyer@stadt.nuernberg.de

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Erarbeitung durch Gruppen und Akteure aus allen Bereichen des städtischen Lebens.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Definition kommunaler Handlungsfelder aufbauend auf umfassender Bestandsaufnahme der Nürnberger Integrationspolitik.
- Referatsübergreifende Zusammenarbeit sichert Verknüpfung mit den Teilkonzepten des Programms.

Kulturelle Vielfalt

- Einbindung zahlreicher Migrantenorganisationen und unterschiedlicher Zuwanderergruppen.
- Orientierung der kommunalen Integrationspolitik an unterschiedlichen Lebenslagen der Nürnberger Migrantinnen und Migranten.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Regelmäßige Impulse von verschiedenen Akteuren durch neue Arbeitsstrukturen und Diskussionen zum Integrationsprogramm
- Rückkoppelung der Ergebnisse in die Weiterentwicklung des Programms ist gewährleistet
- Schaffung einer breiten Sensibilisierung als Grundlage für einen dauerhaften Integrationsprozess.

Kooperation zwischen Akteuren

- Neuorganisation der Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe in Verwaltung und Politik
- Konsensbeschluss im Stadtrat
- Umsetzung durch die Koordinierungsgruppe „Integration“, die Kommission für Integration sowie nicht-städtische Institutionen.

Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit

- Partizipative Konzepterarbeitung sensibilisiert und aktiviert unterschiedliche Akteure und Gruppen.

Wissenschaftliche Begleitung

- Begleitung der Programmentwicklung durch wissenschaftliche Institutionen.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Themenkomplex „Integration“ als Querschnittsaufgabe in der kommunalen Verwaltung und Politik verankern,
- möglichst viele Migrantenorganisationen kontinuierlich einbinden.

Interkulturelle Qualitätsentwicklung in Münchener Sozialregionen*

Im November 2000 beschloss der Kinder- und Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt München, die interkulturelle Orientierung und Öffnung der sozialen Einrichtungen Münchens zu unterstützen. In zwei Sozialregionen wurde das Pilotprojekt „Interkulturell orientiertes Qualitätsmanagement“ initiiert, das von der Stelle für interkulturelle Arbeit der Landeshauptstadt München konzipiert und koordiniert wurde. Zielsetzung ist, Einrichtungen der sozialen Arbeit innerhalb eines Sozialraums durch Qualitätsmanagement so zu qualifizieren, dass ihre Angebote und Maßnahmen für alle Einwohner des Stadtteils gleichermaßen zugänglich sind, und zwar insbesondere für Zielgruppen, die bisher nicht ausreichend versorgt oder erreicht werden.

Die beteiligten Einrichtungen entwickeln Konzepte für die Berücksichtigung kultureller, sozialer und ethnischer Vielfalt und des Geschlechts. Mitarbeiter erhalten Fortbildungen in interkulturell orientiertem Qualitätsmanagement (Personalentwicklung). Dazu werden konkrete Maßnahmen, Angebote und Arbeitsmethoden entwickelt. Zwischen den Einrichtungen und der Jugendamtsleitung wurden Zielvereinbarungen getroffen, die die Einrichtungen zur nachhaltigen interkulturellen Öffnung und zur einrichtungsübergreifenden Kooperation verpflichten. In einrichtungsübergreifenden regionalen Qualitätszirkeln wurde ein gemeinsamer Arbeitsplan erstellt und umgesetzt. Interessierte Fachkräfte können sich für themenrelevante Befragungen sozialer Einrichtungen weiter qualifizieren lassen. Das Projekt wurde unter Einbeziehung der beteiligten Einrichtungen evaluiert. Die Stelle für interkulturelle Arbeit erarbeitete Empfehlungen für eine Weiterführung in anderen Sozialregionen. In enger Kooperation mit der Arbeiterwohlfahrt und der InitiativGruppe – Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V. unterstützt sie für weitere drei Jahre die interkulturelle Orientierung und Öffnung von sozialen, bildungsbezogenen und gesundheitsbezogenen Einrichtungen in fünf Stadtbezirken.

Projektträger und Beteiligte

- Stelle für interkulturelle Arbeit des Sozialreferats der Stadt München
- Arbeiterwohlfahrt München
- InitiativGruppe Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V.
- REGSAM
- Soziale, bildungs- und gesundheitsbezogene Einrichtungen der Region.

Projektkosten und Finanzierung

- 130.000 € im Jahr durch die Stelle für interkulturelle Arbeit (ohne Gehaltskosten der Projektleiterin).

Laufzeit

Pro Sozialregion jeweils drei Jahre.

weitere Informationen

Kommunale Geschäftsstelle zur Verwaltungsvereinfachung (Hrsg.). Management kommunaler Integrationspolitik – Strategie und Organisation. Bericht Nr./2005
Best Practice: Beispiele für die Realisierung der Erfolgsfaktoren von Integrationsmanagement.
(8) Sozialräumlicher Bezug (Stadt München) S. 86 – 89

Sabine Handschuck, Interkulturell orientiertes Qualitätsmanagement. Ein Modellprojekt in zwei Münchner Sozialregionen zur interkulturellen Orientierung und Öffnung von sozialen Einrichtungen. in: Interkulturelle Verständigung. Vielfalt gestalten. Stelle für interkulturelle Arbeit der Landeshauptstadt München, Sozialreferat (Hrsg.), München 2004

Ansprechpartner

Stelle für interkulturelle Arbeit der Landeshauptstadt München, Sozialreferat
Franziskanerstraße 8
81669 München
E-Mail: interkulturellearbeit.soz@muenchen.de
Telefon 089-233-40542
Telefax 089-233-40543

* 1998 wurden die 13 Sozialregionen als Folge der Neukonzeption der sozialen Dienste des Sozialreferats eingeführt. Jede besteht aus bis zu drei Stadtbezirken in München. Jede Region hat ca. 100 000 Einwohner, die dezentral soziale Dienstleitungen in Sozialbürgerhäusern in Anspruch nehmen können.

www.muenchen.de/interkult
und

http://www.muenchen.de/Rathaus/soz/wohnenmigration/interkulti/151046/90_projekte.html

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- enge Kooperation kommunaler Ämter mit Trägern sozialer Einrichtungen.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Zielvereinbarungen zwischen den Einrichtungen und der Stelle für interkulturelle Arbeit
- einrichtungsbezogene Ziele
- einrichtungsübergreifende Qualitätszirkel.

Kulturelle Vielfalt

- Berücksichtigung der Vielfalt der Bedarfe und Interessen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen (einschließlich Geschlecht) in den einrichtungsbezogenen Konzepten.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Interkulturelle Qualitätsentwicklung soll sukzessive in allen Sozialregionen der Stadt stattfinden.
- Empfehlungen der Stelle für interkulturelle Arbeit für eine Weiterführung in anderen Sozialregionen.

Sozialraumbezug

- Ausrichtung der interkulturellen Qualitätsentwicklung jeweils auf die Einrichtungen einer Sozialregion.

Kooperation zwischen Akteuren

- Beteiligte Einrichtungen entwickeln in Qualitätszirkeln gemeinsam einen Arbeitsplan

Empowerment

- Interessierte Fachkräfte können sich für Nutzerbefragungen in den Einrichtungen fortbilden lassen.

Wissenschaftliche Begleitung/Evaluation

- Das Projekt wird partizipativ evaluiert.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Zielvereinbarungen zwischen Einrichtungen und Koordinationsstelle
- Verpflichtung zu interkultureller Öffnung und einrichtungsübergreifender Kooperation
- Evaluation
- Erarbeitung zur Weiterführung.

Kompetenzen und Angebote bei Trägern sozialer Maßnahmen

In der Arbeit mit Migrantinnen und Migranten haben Träger sozialer Maßnahmen große Bedeutung. Sie sind wichtige Akteure in den Stadtteilen, da sie dort viele soziale Einrichtungen betreiben und häufig mit anderen Akteuren und Einrichtungen kooperieren. Für Zuwanderer sind sie durch die räumliche Nähe in den Quartieren meist leicht erreichbar. Viele der Angebote und Maßnahmen sozialer Träger befördern die Integration und das nachbarschaftliche Zusammenleben. Allerdings werden sie nicht immer in ausreichendem Maß genutzt: mitunter kennen Migranten die Angebote gar nicht, und zum Teil entsprechen diese auch nicht den Bedürfnissen der Zuwanderer.

Maßgebliche Handlungsstrategien in diesem Feld richten sich daher nicht allein auf die qualitative Verbesserung der Angebote und Kompetenzen von Trägern sozialer Maßnahmen, sondern betreffen auch deren Bekanntmachung im Stadtteil und bei den Zielgruppen. Wenn Migranten Zugang zu den Angeboten finden und dort auf ihre Bedürfnisse eingegangen wird, werden sie gleichberechtigter am gesellschaftlichen Leben beteiligt und können leichter Zugang zum Quartiersgeschehen bekommen.

Als erfolgreich haben sich Angebote erwiesen, die an die Alltagserfahrungen der jeweiligen Zielgruppe anknüpfen. Da einige Migranten bzw. Migrantengruppen isolierter leben als andere, richten sich Maßnahmen zum Teil gezielt auf bestimmte Gruppen, z.B. Frauen und Kinder. So gelingt beispielsweise mit einem offenen Spielangebot für Kinder oftmals auch die Kontaktaufnahme zu den Eltern.

Durch den Einsatz von bikulturellen bzw. mehrsprachigen Mitarbeitern bei den Trägern können Berührungspunkte der Migranten abgebaut und ihre Teilnahmebereitschaft an Projekten und Aktivitäten gefördert werden. Mit Hilfe mehrsprachiger Mitarbeiter wird auch versucht, Kontakte zu ethnischen Vereinen herzustellen und Vertreter der Vereine in die örtlichen Maßnahmen und Programme einzubeziehen.

Integrationskoffer Essen, Altendorf

Im Stadtteil Altendorf leben überdurchschnittlich viele Zuwanderer. In den Kindertagesstätten erreicht der Migrantenanteil teilweise 70%. Das Zusammenleben der verschiedenen Kulturen verläuft nicht immer spannungsfrei. Aus der eigenen – mit Blick auf die soziale und ökonomische Lage z.T. unsicheren - Lebenssituation heraus fällt es Menschen oft schwer, sich mit anderen Lebenskonzepten und Kulturen auseinander zu setzen und diese zu akzeptieren. Kinder im Elementarbereich sind dagegen noch relativ unvoreingenommen gegenüber anderen Kulturen. Deshalb greifen hier präventive Maßnahmen am besten.

Um Erzieherinnen in Kindertagesstätten den Umgang mit dem interkulturellen Zusammenleben zu erleichtern und Kinder im Umgang mit dem „Anders sein“ zu schulen, wurde von Mitarbeitern des Stadtteilprojekts, der Kindertagesstätten, der Polizei und des Migrationsfachdienstes ein „Integrationskoffer“ entwickelt. Verschiedene Gruppen aus dem Stadtteil (z.B. türkisches Frauencafé, tamilische Tanzgruppe) trugen Anregungen zu Rezepten, Musik und kulturellen Besonderheiten oder auch Materialien (z.B. Gebetsteppich) bei. Nach Fertigstellung des Koffers wurden die Mitarbeiterinnen der Kindertagesstätten in der Verwendung geschult. Das Stadtteilprojekt kümmert sich um die (kostenlose) Ausleihe des Koffers an interessierte Einrichtungen im Stadtteil.

Der Koffer enthält verschiedene Materialien und Medien, die die Auseinandersetzung mit kulturellen und sozialen Unterschieden anregen. Diese sind vielfältig und sprechen alle Sinne an (u.a. eine Spielesammlung, eine Kochrezeptensammlung, eine Stadtteilrallye und Bücher). Sie behandeln acht Themenbereiche: Gegenstände aus aller Welt, unterschiedliche Länder und Religionen, Polizei, der eigene Stadtteil, Anders sein, Theater, Konflikte und Gewalt, Spielen. Die Module können als Gesamtkonzept genutzt oder je nach Bedarf von den Mitarbeiterinnen in den Einrichtungen eingesetzt werden.

Projektträger und Beteiligte

- Stadtteilprojekt Altendorf (Koordination) in Kooperation mit Polizei, Bezirksdienst und Migrationsfachdienst des Diakoniewerkes, Kindergärten, Kindertagesstätten und Grundschulen aus Altendorf, Jugendschutzbeauftragte, Theaterpädagogin
- Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes NRW (Finanzierung).

Projektkosten und Finanzierung

Zuwendung für Maßnahmen zur Stützung der Integration von Migranten und Migrantinnen vom Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes NRW in Höhe von 3.660 €.

Laufzeit

Zusammenstellung in 2005, zukünftig stadtweiter Einsatz.

Ansprechpartnerin

ISSAB (Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung)
Holzstraße 7-9
45141 Essen

Tanja Rutkowski
Tel. 0201-437640
Fax 0201-4376426
tanja.rutkowski@uni-essen.de

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Einbeziehung zahlreicher lokaler Akteure in die Entwicklung des Koffers
- sein Einsatz fördert die Auseinandersetzung von Kindern, Eltern und Erziehern mit dem Thema Integration.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Förderung der Integration in einer Lebensphase, die noch kaum von Vorurteilen geprägt ist.

Kulturelle Vielfalt

- Berücksichtigung der Erfahrungen und Interessen unterschiedlicher Kulturen und Religionen.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Kinder, Eltern und Erzieher erwerben nachhaltig integrationsbezogenes Wissen und bringen dies ein
- zukünftig stadtwweiter Einsatz des Koffers.

Sozialraumbezug

- Berücksichtigung der Interessen und Lebenslagen der Bevölkerung in Altendorf
- die Materialien können mit Blick auf Alter, ethnische Zusammensetzung etc. der Stadtteilbevölkerung ergänzt werden.

Kooperation zwischen Akteuren

- Gemeinsame Entwicklung durch Mitarbeiter des Stadtteilprojekts, der Kindertagesstätten, der Polizei und des Migrationsfachdienstes
- Einbeziehung von Anregungen verschiedener Gruppen aus dem Stadtteil.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Ausstattung des Koffers mit Leitfäden und Handbüchern
- Nutzung ohne große Vorkenntnisse möglich
- Module können einzeln und nach Bedarf eingesetzt werden
- Schulung für Mitarbeiter ist insbesondere im Theatermodul wichtig
- der größte Erfolg sind die Prozesse, die in den Einrichtungen angeschoben werden
- ständige Einbeziehung lokaler Gruppen und Akteure zur Begleitung der Prozesse in den Institutionen und bei Zusammenstellung und Ergänzung des Koffers ist empfehlenswert.

Treffpunkt der Kulturen Hannover, Mittelfeld

Im Herbst 2005 eröffnete der Verein „SchMitt – Schönes Mittelfeld e.V.“ den Treffpunkt der Kulturen an einem zentralen Ort im Stadtteil Mittelfeld, dem Lehrter Platz. Arbeit und Angebote des Treffpunktes sollen die Verständigung zwischen den Angehörigen der unterschiedlichen Kulturen im Stadtteil fördern sowie interkulturelle Bildung, Eigeninitiative und Integration unterstützen. Der Treffpunkt soll alle Bevölkerungsgruppen im Gebiet ansprechen, Kinder und Jugendliche genau so wie Erwachsene, Männer und Frauen, Zuwanderer und die alt eingesessene Bevölkerung.

Die Angebote beziehen sich auf die Förderung und Stärkung der kommunikativen, kulturellen und beruflichen Fähigkeiten der Bevölkerung in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur und Qualifikation. Es werden offene Treffen sowie Qualifizierungs- und Bildungsangebote in Kooperation mit den verschiedenen Bildungsträgern angeboten. In Kooperation mit der Kulturinitiative Döhren-Wülfel-Mittelfeld e.V. und lokalen Künstlern werden Lesungen, Konzerte, Kino etc. organisiert. Außerdem hat eine Gruppe von motivierten und qualifizierten Migranten, hervorgegangen aus Teilnehmern von Sprach- und Berufsvorbereitungskursen, eine Initiativgruppe gebildet. Sie organisiert Veranstaltungen, übernimmt nach Bedarf Kinderbetreuung und wirkt aktiv an der Vorbereitung und Durchführung von Stadtteulfesten mit. Sie hat auch gegen eine geringe Aufwandsentschädigung die Räumlichkeiten des Treffpunktes renoviert. Da dieser gut angenommen wird, gibt es Überlegungen, größere Räumlichkeiten zu suchen.

Projektträger und Beteiligte

- Stadtteilträgerverein SchMitt e.V., Schönes Mittelfeld
- Quartiersmanagement,
- Gemeinwesenarbeit
- Volkshochschule.

Projektkosten und Finanzierung

- Für die Gründungsphase (1.9.2005 bis 31.12.2005) 9.360,- €
- Für das laufende Jahr ca. 14.200,- €
- Gedeckt über Nutzungsentschädigungen der VHS, Zuschüsse vom Bezirksrat, aus dem Sozialdezernat, dem Quartiersfonds, Spenden und Eigenmitteln.

Laufzeit

Am 01.09.2005 eingerichtet, er soll fest installiert und ausgeweitet werden.

Weitere Informationen

Viel los im Treffpunkt der Kulturen. in: MIMI Mittelfelder Mitteilungen, Nr. 45, Frühling 2006.

Begegnungsstätte steht 75 Nationen offen. in: Stadtanzeiger 10.11.2005

Ein Treffpunkt der Kulturen. in: Das Mittelfeld. Ein Stadtteil entwickelt sich. Ausgabe 10, Februar 2006, S. 6

Ansprechpartner

Agnes Skowronneck
Schweidnitzer Weg 4, 30519 Hannover
Telefon: 0511/ 8602620
E-Mail: Agnes.Skowronneck@Hannover-Stadt.de

Theresia Stenzel
Ahornstraße 2, 30519 Hannover
Telefon:0511/862323
E-Mail: Theresia.Stenzel@Hannover-Stadt.de

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Engagement des Trägervereins SchMitt e.V., der Sanierungskommission, der Initiativgruppe der Migranten sowie von Bewohnern des Quartiers für die Entstehung und Konzeption des Treffpunktes.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Aufgreifen der im „Integrierten Handlungskonzept Mittelfeld“ beschriebenen Zielsetzungen
- besonderer Beitrag zur Verbesserung der lokalen sozialen Situation
- das Projekt agiert in verschiedenen Handlungsfeldern.

Kulturelle Vielfalt

- Vielfältige Angebote sowie Zusammenarbeit mit einer Kulturinitiative und lokalen Künstlern unterschiedlicher Nationalität.

Kooperation zwischen Akteuren

- Anknüpfend an im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ im Gebiet geschaffene Strukturen kooperieren soziale und politische Akteure, Verwaltung und engagierte Bewohner.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Orientierung an den für das Gebiet entwickelten Zielen des „Integrierten Handlungskonzeptes“
- das Nachhaltigkeitskonzept für die Soziale Stadt Hannover-Mittelfeld sieht dauerhafte Einrichtung vor.

Sozialraumbezug

- Angebot auf den Bedarf der Wohnbevölkerung des Gebietes abgestimmt
- Treffpunkt liegt im Zentrum des Gebietes.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

- Projektinhalte und Angebote berücksichtigen die spezifischen Bedarfe von Frauen und Männern.

Empowerment

- Regelmäßige, über einen längeren Zeitraum stattfindende Qualifizierung von Zuwanderern
- Motivation entsteht, sich aktiv am Stadtleben zu beteiligen und sich ehrenamtlich zu engagieren.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Gemeinsame Konzeptentwicklung mit allen relevanten Akteuren
- klare, in die Stadtteilentwicklung und das „Integrierte Handlungskonzept“ eingebundene Zieldefinition
- politische Rückendeckung vor Ort
- intensive Bedarfsrecherche
- vor Ort tätiger Ansprechpartner / Koordinator
- Teilnehmer / Besucher müssen über Rahmenbedingungen informiert werden und diese mittragen
- breit gefächerte Finanzierung.

Regionale Netzwerke für soziale Arbeit in München München, Moosach

REGSAM - „Regionalisierung sozialer Arbeit in München“ – sind regionale Netzwerke sozialer, schulischer und gesundheitsbezogener Einrichtungen in München. Das Sozialreferat hat sie 1992 ins Leben gerufen, um „eine Vernetzung aller Akteure vor Ort zur besseren gegenseitigen Transparenz der Arbeitsweise der Einrichtungen, eine abgestimmte Kooperation der Aufgabenwahrnehmung, eine Optimierung des Ressourceneinsatzes und eine bessere Beteiligung bei Bedarfseinschätzungen und Planungen zu ermöglichen“. (Beschlussvorlage, S. 12). Seit Juli 1996 bilden die REGSAM-Regionen auf Beschluss des Stadtrates die Grundstruktur sozialer Arbeit in München. Seit 2003 existieren flächendeckend 16 REGSAM Regionen, darunter auch München Moosach. Ihre Arbeit erstreckt sich auf Gremien, Projekte, runde Tische, Soziale Stadtteilführer, Ressourcenbörsen, Fachveranstaltungen, Konzeptentwicklungen, aktive Beteiligung an regionaler Sozialplanung, Stadtteilstiftungen etc..

2004 wurden die nunmehr acht professionellen Moderatoren, die die Regionen begleiten und unterstützen, beim Trägerverein für regionale soziale Arbeit e.V. angesiedelt. Damit verbunden war eine erhebliche Budgetkürzung. Das REGSAM-Kuratorium, das Vorstand und Geschäftsführung berät, kam neu hinzu. Das Sozialreferat vereinbart mit dem Trägerverein jährlich Ziele im Sinne einer ergebnisorientierten Projektsteuerung; Aufgaben und Arbeitsweise der Gremien regelt die REGSAM-Rahmenvereinbarung. Sie wurde von den Moderatoren und den Regionen 2004 überarbeitet und wird von allen freien Trägern, den Wohlfahrtsverbänden sowie vom Sozialreferat, dem Referat für Umwelt und Gesundheit und dem Schul- und Kultusreferat getragen.

Die Struktur der Vernetzung ist für alle Regionen gleich: Es gibt zielgruppenorientierte Facharbeitskreise, die zielgruppenübergreifende Regionale Arbeitsgemeinschaft für Soziales und eine professionelle Moderation. Diese begleitet, unterstützt, koordiniert und organisiert die Vernetzung. Sie ist Ansprechpartnerin und Bindeglied zwischen den Vernetzungspartnern, sozialer Fachbasis, Verwaltung, Trägern und Bezirksausschüssen. In den Facharbeitskreisen (FAK) erfolgt ein fach- und themenorientierter Informationsaustausch. Hier werden Bedarfe der Zielgruppen benannt und nach Lösungen gesucht, um regionale Angebote im Sozialbereich aufeinander abzustimmen und gemeinsam die Angebotsstruktur zu verbessern. Im FAK planen und organisieren die sozialen Einrichtungen mit engagierten Bürgern oder mit anderen Kooperationspartnern gemeinsame Projekte und Veranstaltungen. In München-Moosach gibt es derzeit die Facharbeitskreise „Eltern, Kind, Erziehung“, „Jugend-Stadtteiltreff“, „Alte Menschen“ und „Kontakte, Information, Kultur“. Die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund sind in allen FAK ein begleitendes Thema. Den FAK gehören über sechzig verschiedene in Moosach engagierte freie Träger, Initiativen und Kirchen sowie städtische oder wohlfahrtsverbandliche Institutionen an, wie Kindergärten, Schulen, das Alten- und Servicezentrum, das Sozialbürgerhaus usw. Jeder FAK hat zwei Sprecher, die für die Koordination zuständig sind. In den 16 REGSAM-Regionen sind 150 Sprecher und mehr als 2000 Professionelle und Ehrenamtliche in den Fachkreisen und Projektgruppen engagiert. Mitglieder der Regionalen Arbeitsgemeinschaft für Soziales (RAGS) sind alle FAK-Sprecher der Region sowie Vertretungen der Bezirksausschüsse und der Sozialverwaltung. Die RAGS ist das fachübergreifende Steuerungsgremium in der Region, fungiert als kompetente Ansprechpartnerin für Politik, Verwaltung und Bürger und vertritt den Stadtteil nach außen.

REGSAM Moosach hat das auf drei Jahre befristete Projekt „Sachverständige für Migrationsfragen“ in den Stadtteil geholt, dafür ein inhaltliches Konzept erarbeitet und die Mitarbeiterinnen ausgewählt. Es wurden Veranstaltungen und Angebote mit und durch Migranten durchgeführt und das Projekt „Schule mal anders“ installiert. Für Migrantinnen wurden Deutschkurse angeboten, die in der Schule ihrer Kinder stattfanden während ihre Kinder Unterricht hatten. Zugleich wurden diese Frauen durch gemeinsame Spaziergänge, Besuche im Müttertreff und in der Jugendfreizeitstätte in den Stadtteil eingeführt. Hinzu kamen verschiedene Aktionen für spezielle Gruppen, wie eine Nikolausfeier und ein Alphabetisierungskurs für afghanische Frauen. REGSAM Moosach initiierte auch in den beiden staatlichen Unterkünften für Flüchtlinge vor Ort ehrenamtliche Arbeit, erarbeitete den Sozialen Stadtteilführer „Suche in Moosach“ und organisiert seit 10 Jahren die Moosacher Kulturtag.

Projektträger und Beteiligte

- REGSAM ist Geschäftsbereich des Trägervereins für regionale soziale Arbeit e.V.
- Mitglieder des Trägervereins: Arbeiterwohlfahrt, Bayrisches Rotes Kreuz, Caritaszentren München Stadt/Land, Der Paritätische, Innere Mission München, Israelitische Kultusgemeinde, Kreisjugendring, Landkreis München Landratsamt, Münchenstift gGmbH, Münchner Trichter und Sozialreferat der Landeshauptstadt München.

Projektkosten und Finanzierung

- Finanzierung durch das Sozialreferat der Landeshauptstadt München mit jährlich 484.900 €
- Für einzelne Projekte Zuschüsse von Bezirksausschüssen, Ausländerbeirat o.a..

Laufzeit

Seit 1992, seit 2004 unbefristeter Vertrag.

Weitere Informationen

Beschlussvorlage des Sozialreferates für den Beschluss des Sozialausschusses vom 06.07.06, Bericht über REGSAM; Bleibt REGSAM ein Erfolgsmodell?, in der Anlage: REGSAM Rahmenvereinbarung

Faltblatt REGSAM Moosach (2005)

Faltblatt REGSAM Regionale Netzwerke für soziale Arbeit (2006)

Graffe, Friedrich et. al. (2004): Fit für die Zukunft. Kommunale Sozialpolitik im Wandel. Die Neuorganisation des Sozialreferates der Landeshauptstadt München. Landeshauptstadt München, Sozialreferat

Landeshauptstadt München, Sozialreferat (Hrsg.), REGSAM – Standortbestimmung, Zielsetzung und Entwicklungsmöglichkeiten, Untersuchungsbericht (in der Reihe: Beiträge zur Sozialplanung 161), München 2002

www.regsam.net; www.regsam-moosach.de

Ansprechpartnerin

REGSAM

Gabriele Hebler

Bayerstr. 77 a Rg., 80335 München,

Tel. 089/ 189 358 - 12

hebler.regsam@mnet-online.de

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/ Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Es werden freie und öffentliche Träger und Kirchen, sowie verschiedene Verwaltungen (Sozialreferat, Gesundheitsreferat, Schulreferat), Infrastruktureinrichtungen, engagierte Bürger und der Moosacher Bezirksausschuss eingebunden.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Verbindung sozialer, schulischer und gesundheitsbezogener Einrichtungen und Belange
- Verbesserung der qualitativen und quantitativen Versorgung aller Bevölkerungsgruppen in den Regionen.

Kulturelle Vielfalt

- Zeitweilig aktiver Facharbeitskreis „Interkulturelle Zusammenarbeit“
- Veranstaltungen und Angebote mit und für Migranten
- im Modellprojekt „Sachverständige für Migrationsfragen“ nahmen Mitarbeiter an interkulturellen Trainings teil und führten interkulturelle Projekte durch.
- Weitere REGSAM Regionen nehmen am Projekt interkulturelle Qualitätsentwicklung teil (siehe Gute-Praxis-Beispiel: Interkulturelle Qualitätsentwicklung, S. 19) **Seitenzahl prüfen!**

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Intensiver und regelmäßiger Austausch der Mitglieder von Facharbeitskreisen und RAGS erhöht das Informationsniveau, vernetzt die Angebote miteinander und sorgt damit für gute Voraussetzungen der zukünftigen Kooperation.
- Ziel ist die vertikale und horizontale Vernetzung der sozialen Dienste in ihrer Gesamtheit.
- Eine Fragebogenaktion des Sozialreferats zu REGSAM führte im Frühjahr 2006 zu dem Ergebnis, „dass sich REGSAM nachhaltig als Vernetzungsinstanz entwickelt hat“ (Beschlussvorlage, S. 13).

Sozialraumbezug

- Regionales Netzwerk mit gebietsbezogenen Facharbeitskreisen
- Sozialraumbezug steht im Mittelpunkt.

Kooperation zwischen Akteuren

- Kooperation zwischen freien und öffentlichen Trägern und engagierten Bürgern vor Ort
- erfolgreiche Kooperation mit dem Bezirksausschuss und der Sozialverwaltung.

Empowerment

- Aktivierung der Bürger ist eine der Aufgaben von REGSAM.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

- Frauen, Familien und allein erziehende Mütter und Väter profitieren besonders von der Transparenz der Angebote, die REGSAM schafft.
- REGSAM legt Wert auf eine gegenderte Ausdrucksweise.

Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit

- Einmal jährlich große öffentlichkeitswirksame Fachtagung
- REGSAM pflegt die zentrale Homepage www.regsam.net sowie die regionalen Internet-Auftritte
- Internet-Rundbrief „betrifft: SOZIALES“ mit vielen Artikeln aus den Regionen
- derzeit wird „München Sozial“ (Online-Verzeichnis sozialer Einrichtungen nach Stadtbezirken) erstellt
- Veranstaltungen und Projekte in München Moosach werden von der örtlichen Presse begleitet.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Einsatz professioneller Moderationen
- Vor-Ort-Tätigkeit aller wesentlichen Kooperationspartner
- Freistellung der Mitarbeiter von ihrer laufenden Arbeit während ihres Engagements in Facharbeitskreisen, als Sprecher oder in der RAGS ist wünschenswert.

Kompetenzen und Angebote in Wohnungsunternehmen

Mit der Schwächung des Arbeitsmarktes als Integrationsfaktor gewinnen Wohnung, Wohnumfeld und Quartier als Aktionsräume von Zuwanderern erheblich an Bedeutung für die Integration. Wohnungsunternehmen zählen hier zu den zentralen Akteuren, insbesondere in Quartieren mit einem hohen Anteil an Zuwanderern unter den Mietern.

Integration zählt zwar nicht zu den Kernaufgaben der Wohnungsunternehmen, dennoch liegen eigene Aktivitäten zur sozialen Stabilisierung von Quartieren mit hohem Zuwandereranteil auch in ihrem wirtschaftlichen Interesse.

Bei Wohnungsunternehmen, in denen noch keine ausreichenden Kenntnisse und keine entsprechende Sensibilität für die Thematik vorhanden sind, in denen Zuwanderer aber eine wichtige Kundengruppe bilden, bieten sich verschiedene Strategien zur Förderung der Integration an: Mitarbeiter können interkulturell geschult und neue Mitarbeiter mit Migrationshintergrund eingestellt werden. Beides betrifft insbesondere Mitarbeiter mit direktem Kundenkontakt, sei es in der Vermietung, der Verwaltung, oder bei Hausmeistertätigkeiten. Aber auch ehrenamtlich engagierte Mieter können eine wichtige Rolle übernehmen.

Um das Thema Zuwanderung positiv zu besetzen, können Wohnungsunternehmen ihre Hausmedien gezielt nutzen. Berichte über Migrationsthemen oder das Vorstellen von Zuwandererhaushalten in der Nachbarschaft schaffen ein offenes Gesprächsklima und fördern das gute Zusammenleben von Einheimischen und Zuwanderern.

Praktisch können Wohnungsunternehmen die Kommunikation zwischen ihren Mietern verbessern, indem sie Räumlichkeiten (kostenfrei oder kostengünstig) für (informelle) Treffen zur Verfügung stellen. Wohnungen sind oft zu eng und Cafés u.ä. zu teuer, um sich ungezwungen mit Freunden, Bekannten und Nachbarn treffen zu können. Dies gilt insbesondere für Jugendliche.

Schulungen in interkultureller Kompetenz

Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main

Seit 2003 bietet die Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH regelmäßig ca. zwei Mal pro Jahr freiwillige Schulungen in interkultureller Kompetenz an. Sie richten sich vornehmlich an Mitarbeiter, die im direkten Kundenkontakt stehen (Kundenbetreuung, Haus- und Siedlungsbetreuung, Haustechnik). Der Impuls zur Durchführung der Schulungen kam von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Geschäftsstellen. Durch den wachsenden Anteil von Mietern mit Migrationshintergrund, das vermehrte Auftreten kultureller Differenzen in der Wohnungsverwaltung und neue Herausforderungen an die Mitarbeiter bei der Schlichtung von Konflikten in den Hausgemeinschaften wuchs in der Belegschaft der Wunsch nach professioneller Unterstützung im beruflichen Alltag.

Die jeweils zweitägigen Schulungen werden von externen Trainern durchgeführt. Im Mittelpunkt stehen zwei Kulturkreise: Muslime und Spätaussiedler. Neben der Wissensvermittlung, z.B. über Migrationsmotive, Unterschiedlichkeit der Lebensweisen, oder Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern und Generationen, liegt der Fokus vor allem darauf, den Teilnehmern Hilfestellungen für einen verbesserten Umgang mit diesen Kundengruppen zu bieten. Inhalte der Seminare sind daher u.a. eine Sensibilisierung für eigene und fremde Verhaltensweisen im Kundenkontakt, aber auch die gemeinsame Entwicklung von geeigneten Kommunikations- und Verhaltensregeln für den Berufsalltag und von Vorschlägen für ein effektives Konfliktmanagement.

Insgesamt wurden bereits 137 Mitarbeiter geschult. Die Rückmeldungen der Teilnehmer sind insgesamt sehr positiv. Der Kontakt mit den Kundinnen und Kunden wird durch die erworbene Kompetenz sensibler und unkomplizierter. Die Mitarbeiter sind besser in der Lage, angemessen auf Kundenwünsche und -verhalten zu reagieren und Mieterkonflikten mit einer gesteigerten Vermittlungskompetenz zu begegnen. Arbeitszufriedenheit und Kundenzufriedenheit steigen.

Projektträger und Beteiligte

- Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (ca. 66.000 Wohnungen, 860 Mitarbeiter)
- externe Trainer.

Projektkosten und Finanzierung

Finanzierung aus Eigenmitteln: 20.000 € für 7 Seminare (vor allem Trainerhonorare).

Laufzeit

Seit 2003.

Ansprechpartnerin

Susanne Bickel
Leiterin Fachbereich Personal
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH
Postfach 70 07 55
60 557 Frankfurt am Main
Tel: 069/ 60 69-1411
Fax: 069/ 60 69-1187
susanne.bickel@naheimst.de

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Durch Erstellung der Schulungskonzepte von externen Referenten und in Abstimmung mit dem Fachbereich Personal des Unternehmens fließen Informationen über die Anforderungen des Berufsalltags und über Unterstützungsbedarfe in die Konzepterstellung ein.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Gesteigerte interkulturelle Kompetenzen im Wohnungsunternehmen befördern das Verständnis zwischen Wohnungsanbieter und Kunden
- Migranten wird der Zugang zu einer adäquaten Wohnraumversorgung erleichtert
- soziales Zusammenleben in den Siedlungen wird durch Konfliktabbau gefördert.

Kulturelle Vielfalt

- Ausrichtung der Seminare auf islamisch geprägte Migranten und auf die Gruppe der Spätaussiedler aus osteuropäischen Staaten.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Mitarbeiter erwerben interkulturelle Kompetenzen und können in ihrem Berufsalltag ihr Verhalten gegenüber den benannten Kundengruppen nachhaltig verändern.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

- Die Vermittlung von Kenntnissen über die Rolle von Frauen in Paarbeziehungen und Gesellschaft sowie die Diskussion zu Geschlechterfragen ist Teil des Seminarprogramms.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Gute Kenntnis des Trainers über Arbeitsfelder, -aufgaben und Unterstützungsbedarfe der potenziellen Teilnehmer
- enge Abstimmung der Trainingsziele mit dem Bereich Personalentwicklung des Unternehmens
- Praxiserfahrungen der Schulungsanbieter in der Wohnungswirtschaft oder vergleichbaren Arbeitsfeldern
- gute Strukturierung und abwechslungsreiche Gestaltung der Seminartage.

Modellprojekt zur aktiven Beteiligung der Bewohner bei der Auswahl von Mieter-Belegungspolitik - Hannover Mittelfeld

In einigen Wohnsiedlungen des städtischen Wohnungsunternehmens „Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH“ (GBH) gibt es nur wenig Kommunikation zwischen den Mietern, sowie den Mietern und dem Wohnungsunternehmen. Die Folge sind Konflikte zwischen den Mietern und mittelbar eine Verwahrlosung der Wohnumgebung. Die Ergebnisse einer Bewohnerbefragung der Gemeinwesenarbeit (GWA) zeigen, dass sich die Bewohner vor allem eine Verbesserung der Hausgemeinschaft wünschen.

Um nachhaltige Nachbarschaftsstrukturen und mehr Verantwortungsbewusstsein der Mieter für die Häuser und das Wohnumfeld zu schaffen, sowie um die Hausgemeinschaften zu stabilisieren, wird seit 2004 ein neues Wohnraumbelegungskonzept erprobt. Eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern der GBH, des Sachgebiets Wohnraumversorgung der Verwaltung, des Quartiermanagements, der Gemeinwesenarbeit (GWA) und der Stadterneuerung hat ein Modellprojekt initiiert, bei dem die Bewohner aktiv an der Auswahl der Neumieter beteiligt werden. Für im Verlauf der Modernisierung eines Gebäudekomplexes frei werdende Wohnungen treffen die GBH und das Sachgebiet Wohnraumversorgung anhand der üblichen und teilweise vorgeschriebenen Belegungskriterien für sozialgebundenen Wohnraum eine Vorauswahl von Interessenten. Die Entscheidung zwischen mehreren geeigneten Bewerbern liegt dann bei den Bewohnern der Häuser. In von der GWA moderierten Gesprächs- und Auswahlrunden können sie mitentscheiden, wer in der direkten Nachbarschaft einzieht und lernen die zukünftigen Mieter vor der Anmietung kennen. Einigen beteiligten Hausgemeinschaften gehören auch Migranten an. Teilweise informieren sie ihre Landsleute über leer stehende Wohnungen, so dass sie sich gezielt darauf bewerben können. Als indirekte Auswirkung des Projektes wird ein Rückgang von Vandalismus, Nachbarschaftskonflikten und in der Folge eine Imageaufwertung der Häuser erwartet. Das Modellprojekt wird intern von der Gemeinwesenarbeit begleitet und ausgewertet. Seine Übertragbarkeit auf einen größeren Wohnungsbestand soll geprüft werden.

Projektträger und Beteiligte

- Gemeinwesenarbeit (GWA)
- Wohnungsunternehmen GBH.

Projektkosten und Finanzierung

Projektmittel aus dem Jugend- und Sozialdezernat der Stadt Hannover im Rahmen der „Sozialen Stadt“

Laufzeit

seit 2004.

Weitere Informationen

Das Mittelfeld – ein Stadtteil entwickelt sich, Ausgabe 6, Dezember 2003, S. 5
Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich Planen und Stadtentwicklung, Stadterneuerung (Hrsg.):
Integriertes Handlungskonzept Fortschreibung 2004, Hannover 2004, S. 23

Bewohnerbeteiligung bei der Vermietung von Wohnungen im Zittauer Hof 1-5: ein Modellprojekt im Stadtteil Hannover-Mittelfeld, Gemeinwesenarbeit Mittelfeld, Hannover 2005, unveröffentlichtes Manuskript

Ansprechpartner

Gemeinwesenarbeit:
Daniela Gingrich
Ahornstraße 2, 30519 Hannover
Telefon: 0511/8793109
E-Mail: Daniela.Gingrich@Hannover-Stadt.de

Theresia Stenzel
Ahornstraße 2, 30519 Hannover
Telefon: 0511/862323
E-Mail: Theresia.Stenzel@Hannover-Stadt.de

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Wohnungsunternehmen, GWA und Mieter werden einbezogen.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Das neue Wohnraumbelégungskonzept fördert Beteiligung und Aktivierung und verbessert das Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen, das Wohnumfeld sowie das Sicherheitsempfinden im Quartier.
- Das Projekt kommt den Bewohnern und dem Wohnungsunternehmen zugute.

Kulturelle Vielfalt

- Am neuen Belegungsmodell beteiligen sich auch Mieter mit Migrationshintergrund.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Bereits vor Beginn des Mietverhältnisses wird Anonymität abgebaut und der Grundstein zu einer funktionierenden Hausgemeinschaft gelegt.
- Wirkung und Übertragbarkeit des Modells werden evaluiert und damit nachhaltige Effekte sichergestellt.

Sozialraumbezug

- Das Projekt bezieht sich auf ausgewählte Miethäuser im Gebiet
- es stabilisiert den umliegenden Sozialraum und den Stadtteil.

Kooperation zwischen Akteuren

- Es entsteht eine stabile Vernetzung von Wohnungsunternehmen, Verwaltung und Akteuren vor Ort
- Mieter werden als Betroffene von Anfang an eingebunden.

Empowerment

- Der Aufbau von mietergetragenen Entscheidungsstrukturen motiviert die Mieter, sich eigenverantwortlich für intakte Hausgemeinschaften und Nachbarschaften einzusetzen.

Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit

- Gezielte Öffentlichkeitsarbeit
- Berichte in der Stadtteilzeitung in deutsch, türkisch und russisch.

Wissenschaftliche Begleitung/Evaluation

- Auswertung durch die Gemeinwesenarbeit
- Prüfung der Übertragbarkeit auf einen größeren Wohnungsbestand.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Berücksichtigung des Votums der Mieterschaft
- ein ausreichend großer Bewerberpool für neu zu belegende Wohnungen, um Wahlmöglichkeiten sicherzustellen und eine breite Beteiligung unter den „Altmietern“ zu erreichen
- Moderation der Gesprächs- und Auswahlrunden zwischen Bewohnern und Mietinteressenten durch unabhängige Dritte (hier: GWA).

Bildung

Über die Integrationschancen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft entscheidet mehr und mehr der Erfolg im Bildungssystem. Schulische Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund hat daher für deren gesellschaftliche Integration herausragende Bedeutung. Jüngere Migranten haben heute im Prinzip bessere Entwicklungsmöglichkeiten als ältere Zuwanderer, allerdings ist bei Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien häufig eine Bildungsferne des Elternhauses zu überwinden. Hinzu kommt eine mangelnde Förderung von Migranten im deutschen Schulsystem. Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg sind aufgrund dieser Faktoren heute in der dritten Migrantengeneration rückläufig. Die Schulbevölkerung ist noch stärker segregiert als die Wohnbevölkerung im Sozialraum; Kinder mit Migrationshintergrund und einheimische Kinder besuchen immer seltener die gleiche Schule.

Vorschulen und Ganztagschulen im Quartier können der Bildungsferne vieler Migranteneltern und sozial benachteiligter Deutscher entgegenwirken. Viele Schulen erweitern ihre Elternarbeit und versuchen durch direkte Ansprache, Hausbesuche und Elternabende mit Simultanübersetzung die Eltern für die Belange und das Schulleben ihrer Kinder zu interessieren. Auf Elternabenden werden Erziehungs- und Ausbildungsfragen sowie unterschiedliche Erziehungsstile thematisiert. An den Schulen, aber auch in den Kindergärten wird ehrenamtliches Engagement, beispielsweise bei der Hausaufgabenhilfe und der Freizeitgestaltung, angeregt und unterstützt. Es werden Räume und technische Ausstattung bereitgestellt und organisatorische Hilfestellungen geleistet.

Die Erweiterung und Weiterentwicklung einer Schule zur Stadtteilschule und als „Bürgerzentrum“ für Eltern und Kinder bietet jenseits des Schulunterrichts die Möglichkeit, verschiedenste Aktivitäten, Informationsveranstaltungen und soziale Dienstleistungen anzubieten. Schule kann sich hierdurch zu einem Zentrum für gemeinschaftliche Aktivitäten der Stadtteilbewohner und ihrer Kinder entwickeln.

Förderung von Kindern aus libanesischen Familien durch Bildung von frühkindlichen Fördergruppen und Erhöhung der Kindergartenbesuchsquote - Essen

In Essen wird eine arabisch-deutschsprachige Vermittlerin eingesetzt, um die Kluft zwischen libanesischen Familien und dem deutschen Bildungs- und Jugendhilfesystem zu überbrücken. Das Projekt wurde in Trägerschaft der RAA/Büro für interkulturelle Arbeit der Stadt Essen und des Diakoniewerks Essen initiiert, weil sich bei Schuleingangsuntersuchungen zeigte, dass Kinder aus Familien libanesischer Herkunft in überdurchschnittlichem Maße von Bildungsarmut betroffen sind. Im Rahmen der Integrations- und Stadtteilarbeit in Essen-Altendorf wurde festgestellt, dass in diesen Familien besonders hohe Zugangsbarrieren zu den traditionellen Angeboten des deutschen Bildungssystems bestehen und nur etwa die Hälfte der Kinder Kindertagesstätten besuchen.

Die Maßnahme ist für das gesamte Stadtgebiet in Essen konzipiert. Sie wird in Altendorf und in weiteren Stadtteilen durchgeführt, die hohe Zahlen an Einwohnern aus dem Libanon aufweisen. Am Anfang des Projektes standen Hausbesuche bei allen Haushalten libanesischer Herkunft mit Kindern unter 4 Jahren. Sie sind dem Modul 2 „Aufsuchende Arbeit“ der Bildungsinitiative zugeordnet, die wiederum ein Schwerpunkt in der Umsetzung des Konzepts für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen ist (siehe Beschreibung S. 14) **Seitenzahl prüfen!**

Im Stadtteil Altendorf, Programmgebiet der Sozialen Stadt, wurden die Hausbesuche in Kooperation mit dem dort in der Nachbarschaftsarbeit eingesetzten interkulturellen Konfliktvermittler durchgeführt. Die zweisprachige Vermittlerin hat die Familien hinsichtlich Bildung und Spracherwerb beraten und explizit

- 2- bis 4-jährige libanesische Kinder für frühkindliche Fördergruppen gewonnen,
- Familien bei der Anmeldung ihrer Kinder in die Kita unterstützt,
- Fördergruppen eingerichtet,
- Mütter für die Deutschkurse interessiert
- und Frauen als Honorarkräfte für andere Qualifizierungsmaßnahmen gewonnen.

In Altendorf konnten innerhalb von drei Wochen rund 10 Kinder für eine Frühfördergruppe angemeldet und geeignete Räume für die Durchführung des Gruppenangebots gefunden werden. Die Rückmeldung der Eltern über die Frühförderung ist sehr positiv.

Projektträger und Beteiligte

- Projektträger aufsuchende soziale Arbeit: Diakoniewerk Essen in Kooperation mit der RAA/Büro für interkulturelle Arbeit der Stadt Essen
- Kostenträger: RAA/Büro für interkulturelle Arbeit
- je nach Standort Beteiligung von Stadtteilnetzwerkstrukturen, Selbstorganisationen und religiösen Gemeinden.

Projektkosten und Finanzierung

- Personalkosten für zweisprachige bikulturelle Vermittlerin (halbe Stelle): 27.000 € /Jahr, finanziert über das Konzept für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen
- Honorar- und Sachkosten für frühkindliche Fördergruppen je nach Standort und Umfang pro Gruppe ca. 13.000 € bis 24.000 €.

Laufzeit

Erprobungsphase 2004 - 2007 (in Altendorf).

Weitere Informationen

Stadt Essen, RAA/Büro für interkulturelle Arbeit (Hg.) (2005): Sachbericht 2004. Sach- und Erfahrungsberichte der Maßnahmenträger. Essen, S. 11ff.

Ansprechpartner

Aufsuchende Soziale Arbeit: Frau Samar Khodor RAA/Büro für interkulturelle Arbeit der Stadt Essen Tiegelstr. 27 47141 Essen Tel.: 0201/8328-532	Frühkindliche Fördergruppen: Frau Elvia Khalil/ Herr Tuncer Kalayci RAA/Büro für interkulturelle Arbeit der Stadt Essen Tiegelstr. 27 47141 Essen Tel.: 0201/8328-531/ 8328-405
--	--

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Hausbesuche in Kooperation mit im Stadtteil tätigen Akteuren
- Räumlichkeiten vor Ort werden genutzt
- Zielgruppe durch Hausbesuche direkt in Maßnahmeentwicklung einbezogen
- Frühkindliche Fördergruppen werden durch Frauen libanesischer Herkunft geleitet.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Umfassende Beratung der Familien und Heranführung an die verschiedenen Module der Bildungsinitiative sowie ggf. an weiterführende Beratungseinrichtungen durch Hausbesuche
- Schaffung einer Basis für die Nutzung des Bildungssystems und bessere Integration.

Kulturelle Vielfalt

- Hausbesuche für Familien libanesischer Herkunft, die in extremer Weise von Bildungsarmut betroffen sind
- „Bildungsinitiative“ richtet sich an „sozial benachteiligte Familien“ mit und ohne Migrationshintergrund.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Der Besuch von frühkindlichen Fördergruppen oder Kindertagesstätten ebnet den Weg in das deutsche Bildungssystem.
- Es bestehen Anknüpfungspunkte für weitergehende Bildungs- und Beratungsangebote.
- Die Maßnahme wird zunächst für 3 Jahre als „Erprobungsprojekt“ aus den Mitteln des Interkulturellen Handlungskonzepts finanziert; bei Erfolg kann sie für weitere 3 Jahre aus diesem Budget finanziert werden, bevor sie in den Regelbetrieb übergehen muss.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Einsatz einer bilingualen pädagogischen Mitarbeiterin libanesischer Herkunft mit Vertrauen bei der Zielgruppe
- Geh-Struktur (aufsuchende Soziale Arbeit)
- Kontinuität durch die eingesetzte Mitarbeiterin.

„Spielend lernen in Familie und Stadtteil“ Nürnberg, Langwasser und St. Leonhard/Schweinau

Das Verbundprojekt „Spielend lernen in Familie und Stadtteil“ soll Eltern und Kinder zwischen 0 und 11 Jahren aus sozial benachteiligten Familien, vorwiegend Migranten, durch frühkindliche Förderung und Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz unterstützen und so die Chancengleichheit der Kinder im Bildungssystem erhöhen. Durch die Erweiterung und Verknüpfung von Förderangeboten und die Vernetzung von Einrichtungen werden Familien gezielt in den Lebenssituationen unterstützt, in denen Veränderungen zu bewältigen sind („Familie werden“, Übergang von der Familie in den Kindergarten, vom Kindergarten in die Grundschule und von der Grund- in eine weiterführende Schule).

Den Kern der Projektbeteiligten bilden rund 50 stadtteilbezogene Kindertageseinrichtungen, Grundschulen, Kinder- und Jugendtreffs für Kinder unter 12 Jahren. Es wurden zudem 40 weitere Einrichtungen im Stadtteil einbezogen, die ihre Angebote nicht ausschließlich auf die Zielgruppe ausrichten. Zur Qualifizierung der Teams in den Stadtteileinrichtungen wurden fachspezifische Fortbildungen begonnen und interkulturelle Fortbildungen in mehreren aufeinander aufbauenden Modulen geplant.

Im Rahmen des Verbundprojektes gibt es verschiedene Angebote. Stadtteilkoordinatorinnen bündeln Stadtteildiskussionen und steuern Entwicklungsprozesse in den Stadtteilen. Es wurden aktivierende Befragungen durchgeführt, Bestandsaufnahmen sowie Bedarfsanalysen erarbeitet und lokale Aktionspläne mit den Stadtteileinrichtungen ausgehandelt. Es soll auch das Engagement von Eltern, Nachbarn und Ehrenamtlichen gefördert werden. In St. Leonhard/Schweinau informiert ein mehrsprachiger Stadtteilwegweiser in einfacher Sprache über die Angebote. Eine türkisch- und deutsch sprechende Bildungslotsin bietet Vermittlungsberatung für türkische Eltern an und organisiert Abende für die Eltern von Einschulkindern. Die Arbeitsgruppe „Kooperation Kita und Schule“ entwickelte ein Reisehandbuch „Meine Reise in die Schule“ für Vorschulkinder und deren Eltern. Engagierte Bürger wurden als Lesemütter für Kindergartenkinder, zur Umgestaltung von Schulhöfen, für Familienpatenschaften und Hausaufgabenbetreuung gewonnen; es entstanden auch Mittagstische und ein Frauen-Café.

Projektträger und Beteiligte

- Stabsstelle „Bündnis für Familie“ beim Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg (Gesamtkoordination)
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (öffentliche Förderung)
- Allgemeiner Sozialer Dienst / Amt für Kultur und Freizeit (Stadtteilkoordination)
- weitere kommunale Dienststellen
- Kindertagesstätten, Grundschulen, Kinder- und Jugendtreffs, Kinder- und Jugendkultureinrichtungen, Soziale Dienste, Kirchengemeinden, Migrationsdienste, Bürger-Sport- und Elternvereine.

Projektkosten und Finanzierung

- jährlich ca. 330.000 € (der größere Teil von der Kommune finanziert)
- rund 130.000 € Zuschuss vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- weitere Mittel über Spenden.

Laufzeit

3 Jahre (Juni 2004 bis Mai 2007).

Weitere Informationen

Homepage: www.bff-nbg.de

Ansprechpartnerin

Frau Martina Haag
Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales, Stab Familie
Spitalgasse 10
90317 Nürnberg
Tel.: 0911 / 231 - 76 95
Fax: 0911 / 231 - 73 55
Email: martina.haag@stadt.nuernberg.de

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Einbindung aller lokal relevanten Einrichtungen für Kinder und Eltern
- Schaffung bzw. Intensivierung stadtteilbezogener Netzwerke befördert Umsetzung der Maßnahmen.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Erarbeitung durch ämterübergreifende „Koordinierungsgruppe Integration“ unter Einbindung von externen Fachleuten aus den Migrationsdiensten und in enger Absprache mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Bildung wird mit anderen Handlungsfeldern der Integration verknüpft
- Module aus „Spielend lernen“ sind Bestandteil des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg.

Kulturelle Vielfalt

- Multilinguale Trainingsmaterialien für Eltern und Kinder
- Gewinnung Ehrenamtlicher mit und ohne Migrationshintergrund
- interkulturelle Schulungen in den Stadtteileinrichtungen.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Neue Formen der Vernetzung und Kooperation
- Verknüpfung von Förderangeboten
- Überführung bewährter Förderprojekte in Regelangebote
- Erwerb interkultureller Kompetenzen
- Schaffung eines nachhaltig verbesserten Unterstützungsangebotes für benachteiligte Kinder und Eltern
- Prüfung der Übertragbarkeit auf andere Stadtteile/Städte.

Empowerment

- Aufbau auf den Potenzialen der Eltern und Kinder
- Stärkung elterlicher Kompetenzen
- Unterstützung der Kinder bei der Entdeckung persönlicher Fähigkeiten und Interessen
- Stärkung bürgerschaftlichen Engagements.

Wissenschaftliche Begleitung/Evaluation

- Wissenschaftlich Begleitung sowie Programm- und Wirkungsevaluation.

Sozialraumansatz

- Vernetzung der Stadtteileinrichtungen
- Verknüpfung von Förderangeboten
- Aktivierung von Selbst- und Nachbarschaftshilfe
- Vermittlung interkultureller Kompetenzen
- Initiierung eines sozialen Stadtteilentwicklungsprozesses.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Ein Kümmerer / eine Koordinatorin im Stadtteil
- aus Bedarfsanalyse konkrete Projekte ableiten und vorantreiben
- verbindliche stadtteilbezogene Vereinbarungen mit den Beteiligten aus Stadtteil und Verwaltung
- ämterübergreifende Kooperation und Koordination
- Unterstützung durch Kommunalpolitik.

Sprachförderung

Viele Neuzuwanderer und auch ein Teil der schon länger in Deutschland lebenden Migranten verfügen nur über mangelhafte Deutschkenntnisse. Kinder aus Migrantenfamilien können aufgrund unzureichender Sprachkenntnisse oft nicht erfolgreich in der Schule mitarbeiten.

Fehlende oder geringe Kenntnisse der deutschen Sprache wirken sich zudem negativ auf die Möglichkeit aus, einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu bekommen. Sie erschweren Kontakte zur deutschen Bevölkerung sowie zu anderssprachigen Nachbarn, und damit auch das gegenseitige Kennenlernen und nachbarschaftliche Zusammenleben. Ohne ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache werden Behördengänge und Verwaltungskontakte häufig als unüberwindbare Probleme empfunden.

Neben den sich aus dem Zuwanderungsgesetz ergebenden Möglichkeiten zur Sprachförderung bieten die Kommunen ergänzende Angebote zum Spracherwerb für in Deutschland lebende Zuwanderer. An vielen Schulen wird die Sprachkompetenz von Migrantenkindern gezielt gefördert. Da dies allein in der Schule nicht ausreicht, wird auch im Kindergarten und in der Vorschule sowie für Eltern Sprachförderung angeboten.

Die Anbindung von fakultativen Sprachförderangeboten an Einrichtungen und Angebote im Quartier, die von Migranten genutzt werden, wirkt sich positiv auf die Teilnahmebereitschaft aus. Hervorzuheben sind hier insbesondere Migrantenvereine, die als Träger oder Kooperationspartner in die Sprachförderung einbezogen werden können. Um die Motivation zur Teilnahme an den Sprachkursen und auch die Erfolgsquote zu erhöhen, werden die Angebote auf die jeweilige Teilnehmergruppe ausgerichtet (nach Alter, Geschlecht, ethnischer Herkunft).

Der Kleine Stern - das Lern-Erlebnis-Programm Berlin Mitte, Moabit West

Das Lern-Erlebnis-Programm „Der Kleine Stern“ unterstützt motiviertes, aktives Lernen als positive Grund- und Gruppenerfahrung. Es richtet sich insbesondere an Vorschulkinder, ist aber darüber hinaus auch für die 1. und 2. Schulklasse geeignet. Es kommt seit Februar 2004 in Berliner Kindertagesstätten zum Einsatz – zumeist in sozial benachteiligten Stadtteilen – und erreichte bisher ungefähr 1.000 Kinder in über 20 Einrichtungen. Seit Anfang 2006 wird das Programm in Moabit West (Berlin Mitte) in 11 Kindertageseinrichtungen durchgeführt.

In der ersten Programmphase kommen zwei Projektmitarbeiter über einen Zeitraum von acht Wochen einmal wöchentlich für eine Stunde zu einer Gruppe von 10 bis 15 Kindern. In „Mitmachgeschichten“ werden theatrale Mittel, Illustrationen im „Kinoformat“ und Programmmusik eingesetzt. So können insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund Inhalte leichter verstehen und den Geschichten aufmerksam folgen. Die Kinder werden hierbei spielerisch angeregt, aus ihrem eigenen Vermögen heraus Begriffe zu erklären und nach Synonymen zu suchen. Sie üben zuzuhören, andere ausreden zu lassen und in der Gruppe verständlich eine eigene Geschichte zu erzählen. In szenischen Lesungen werden die Dialoge der Charaktere nachgesprochen, um die Kinder zu eigenem kreativen Ausdruck ihrer Stimme, Mimik und Gestik anzuregen. Körper- und Atemarbeit tragen dazu bei, Konzentration und Lernvermögen zu steigern; insbesondere bei stark lernbehinderten Kindern sind hier Erfolge zu verzeichnen. Besonders bewährt hat sich das Programm „Der Kleine Stern“ in der Sprachförderung. Hier zeigten sich in kurzer Zeit Lernerfolge im Bereich des aktiven Wortschatzes und des sozialen Sprechverhaltens.

Ein zusätzliches Schulungsprogramm für Pädagogen und Eltern soll das Programm nachhaltig in Kitas verankern. Dazu gehören eine CD und eine DVD, die Musik, Bilder, Geschichten und Anregungen für Bewegung enthalten, ein Bilderbuch, eine Homepage sowie ein Webangebot mit Login-Bereichen für Eltern. Zusätzlich gibt es Elterninformationsveranstaltungen und Schulungen der Erzieher.

Projektträger und Beteiligte

- Mehrere Berliner Quartiersmanagements (Oberschöneweide, Neukölln „High-Deck-Siedlung“, Moabit-West)
- Verschiedene Kindertagesstätten dieser Stadtteile
- Weiterer Kooperationspartner und Förderer ist die AWO Südost Berlin e.V..

Projektkosten und Finanzierung

- Mittel der Sozialen Stadt, des EFRE und der Aktion Mensch
- Mittel der AWO Südost e.V..

Laufzeit

Seit Januar 2004 in verschiedenen sozial benachteiligten Gebieten Berlins.

Weitere Informationen

www.derkleinstern.de

Ansprechpartner

Christian Liebisch, Projektleiter
Schnellerstraße 96
12439 Berlin

Tel.: 030 – 67822898

Fax: 030 – 6144492

Email: hallo@derkleinstern.de

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Aufbau auf den Kompetenzen der Kinder
- Unterstützung durch Kindertagesstätten und Schulen im Stadtteil
- Unterstützung des Bezirks
- Einbeziehung und Information der Eltern.

Konzeption und integrativer Gehalt

- „Der Kleine Stern“ hat ein erweiterbares Rahmenkonzept und kann in Kindertagesstätten, Schulen und im familiären Umfeld eingesetzt werden.
- Die Zielstellungen des Programms berücksichtigen Interessen der Kinder, Erzieher und Eltern.

Kulturelle Vielfalt

- Einsatz in Einrichtungen, die einen hohen Anteil an Kindern aus unterschiedlichen Nationen haben
- Figuren wie Sonne, Mond und Stern sind in allen Kulturen bekannt und positiv besetzt.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Grundelemente des Programms bieten unterschiedliche didaktische Erweiterungsmöglichkeiten
- Eltern und Pädagogen können mit dem Material auch nach Beendigung des Projektes in einem anderen Kontext eigenständig arbeiten.
- Für die Kitas wurde ein Schulungsprogramm „Sternstunden schaffen“ entwickelt.
- Elternarbeit ist ein wichtiger Bestandteil.

Empowerment

- Eltern und Erzieher werden darin unterstützt und befähigt, Kinder eigenständig sprachlich zu fördern.
- Die soziale Kompetenz der Kinder wird nachhaltig verbessert.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Sternstunden als besondere (Lern -)Erlebnisse, die aus dem Alltag herausragen
- Vorfremde stärkt Lernbereitschaft und Aufmerksamkeit und ermöglicht die Aktivierung der Kinder
- oppositionelles Verhalten wird aufgebrochen und Aufmerksamkeit und Konzentrationsfähigkeit werden erhöht
- Pädagogen können in der nicht alltäglichen Situation unvoreingenommen auf Kinder zugehen und integrativ wirken.

Niedrigschwelliger Deutschkurs mit Kinderbetreuung – Kooperation von Integrationszentrum und Wohnungswirtschaft Hamburg

Die Integrationszentren in Hamburg sind erste Anlaufstellen für Neuzuwanderer sowie für Migranten, die bereits länger in Hamburg leben. Hier erhalten sie eine Erstberatung, insbesondere mit Blick auf die Integration in den Arbeitsmarkt. Auf Basis eines Sprachstandtests, der Analyse schulischer und beruflicher Qualifikationen und bisheriger Lernerfahrungen werden Migranten in geeignete Integrationskurse und Qualifizierungsmaßnahmen vermittelt.

Das Integrationszentrum Billstedt (IZ) machte hierbei die Erfahrung, dass zahlreiche Menschen aus unterschiedlichen Gründen nicht (sinnvoll) an Integrationskursen teilnehmen können: Mütter mit Kleinkindern, Menschen, die bislang nicht gewöhnt sind zu lernen, und Personen, die gravierende Defizite beim Lesen und Schreiben und keine oder nur niedrige Schulabschlüsse haben. Für diese Gruppen fehlte ein niedrigschwelliges, kostengünstiges und wohnortnahes Angebot zum Erlernen der deutschen Sprache.

In Kooperation mit der Elisabeth-Kleber-Stiftung der Baugenossenschaft freier Gewerkschafter (BGFG) konnte das Integrationszentrum einen solchen niedrigschwelligen Kurs kombiniert mit Kinderbetreuung anbieten. Wichtiger Bestandteil des Konzeptes war die sozialpädagogische Begleitung der Teilnehmer während des gesamten Kurses. Der Kurs umfasste 60 Stunden Deutschunterricht, wobei gezielt Rollenspiele zum Erlernen von Alltagssituationen (im Stadtteil) eingesetzt und die Teilnehmer sozialpädagogisch betreut wurden. 14 Personen, überwiegend Frauen, nahmen teil; etwa jede vierte nahm die Kinderbetreuung in Anspruch.

Projekträger und Beteiligte

- Integrationszentrum Billstedt in Trägerschaft der AWO Migration gGmbH
- Elisabeth-Kleber-Stiftung der Baugenossenschaft freier Gewerkschafter (BGFG).

Projektkosten und Finanzierung

- Kosten pro Sprachkurs einschließlich Kinderbetreuung 1.220 €
- Teilnehmerbeitrag von 15 € (zusammen 210 €)
- übrige Kosten durch Elisabeth-Kleber-Stiftung finanziert.

Laufzeit

1. Deutschkurs von August bis Dezember 2005.

Ansprechpartnerinnen

Tina Lakemeier
Integrationszentrum Billstedt
AWO Migration gGmbH
Kreuzkirchenstieg 6
22111 Hamburg
Tel.: 040 / 280 977 67
Fax: 040 / 65 16 583
Email: lakemeier@awo-hamburg.de
Internet: www.awo-hamburg.de

Vicky Gumprecht
Süderstraße 324
20537 Hamburg
Telefon 040 / 21 11 00 66
Fax 040 / 21 11 00 60
Email: info@elisabeth-kleber-stiftung.de
Internet: www.elisabeth-kleber-stiftung.de

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Der Kurs findet im Integrationszentrum Billstedt und in Kooperation mit der BGFG (lokaler Vermieterin) statt.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Sprachförderung als Voraussetzung für die Integration und Einbindung in das umfassende Konzept des Integrationszentrums.

Kulturelle Vielfalt:

- Teilnehmer aus sieben verschiedenen Ländern mit unterschiedlicher religiöser Zugehörigkeit
- Bei der Bearbeitung von Alltagssituationen im Sprachkurs wurden ihre unterschiedlichen Erfahrungen berücksichtigt.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Der Kurs bildete für die meisten Teilnehmer den Einstieg in die Nutzung weiterer Qualifizierungsangebote und damit einen ersten Schritt im individuellen Integrationsprozess
- Projekt war Auftakt einer dauerhaften Kooperation der beteiligten Akteure
- je nach Bedarf werden weitere Kurse angeboten.

Sozialraumbezug

- Der Kurs fand wohnortnah statt, berücksichtigte die Lebenssituation der Teilnehmer (Kinderbetreuung) und knüpfte an konkreten Alltagserfahrungen an.

Kooperation zwischen Akteuren

- Es wurde eine enge Kooperation zwischen Integrationszentrum und Elisabeth-Kleber-Stiftung / BGFG begründet.

Empowerment

- Der Kurs befähigte die Teilnehmer, überhaupt Qualifizierungsangebote für sich in Anspruch zu nehmen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

- Kinderbetreuung, Wohnortnähe und Unterrichtszeiten am Vormittag berücksichtigten die Lebenssituationen von Frauen.

Wissenschaftliche Begleitung/Evaluation

- Das Integrationszentrum führte mit den Teilnehmern vor und nach dem Kurs Gespräche, erhob die individuellen Fortschritte und bat sie um Feedback
- Die Ergebnisse wurden gesammelt, gegenüber der Elisabeth-Kleber-Stiftung dokumentiert und können für die Konzeption weiterer Kurse berücksichtigt werden

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer:

- Inhaltliche Niedrigschwelligkeit des Kurses
- Wohnortnähe des Veranstaltungsortes
- Kinderbetreuung, durch die eine sonst nur schwer erreichbare Gruppe einbezogen werden kann
- enge Anbindung an weiterführende Beratungs- und Kursangebote.

Literacy-Erziehung – ein Projekt der „Interkulturellen Pädagogik“ München, Moosach

Im Jahr 2002 wurde im Schulreferat der Landeshauptstadt München die Fachberatung Interkulturelle Pädagogik eingerichtet und in der Fachabteilung 5 Kindertageseinrichtungen angesiedelt. Diese ist mit 4 regionalen Fachberaterinnen (eine davon mit Schwerpunkt Spracherwerb) und einer fachlichen Koordination besetzt. Dem Schwerpunkt „Interkulturelle Pädagogik und Sprachförderung“ gehören zudem 50 interkulturelle Erzieher an; damit arbeitet in jeder 6. Kita eine zusätzliche interkulturell geschulte Fachkraft. Zu ihren Aufgaben gehören vorrangig die soziale und sprachliche Integration aller Kinder (Sprachförderung) und die Intensivierung der Elternarbeit.

Die interkulturellen Erzieherinnen und Erzieher werden für ihre spezielle Tätigkeit vom Pädagogischen Institut und der Fachberatung Interkulturelle Pädagogik (IKP) fortgebildet und erhalten in regionalen Arbeitskreisen Beratung und Informationen. Zudem werden ihnen fachspezifische Materialien, wie z.B. der Baukasten „Tausend und eine Nacht“, Handpuppen, Sprachfördermaterialien oder mehrsprachige Bilderbücher zur Verfügung gestellt. Die interkulturellen Erzieherinnen und Erzieher intensivieren auch die Elternarbeit (Einbindung der Eltern bei pädagogischen Angeboten, Hilfestellungen bei der Vermittlung von Fachdiensten, Elterncafés etc.). Deren Grundlage ist die Wertschätzung aller Familien und ihrer muttersprachlichen Kompetenzen.

Im Rahmen der „Interkulturellen Pädagogik“ werden verschiedene Projekte zur Sprachförderung, zur Elternzusammenarbeit und für Interkulturelles Lernen entwickelt und in den Kitas implementiert. Besonders hervorzuheben ist ein Projekt mit dem Schwerpunkt Literacy-Erziehung rund um Vorlesen (auch in der Muttersprache der Kinder), Erzählen und den Umgang mit Büchern. Literacy-Erziehung soll bei Kindern die Freude am Wort wecken sowie die Wahrnehmung der Schriftsprache und den Umgang mit Büchern fördern. Es zielt darauf ab, die Sprachentwicklung der Kinder unter Einbeziehung der Muttersprache zu verbessern. Literacy soll ein Baustein der Konzeption darstellen und insbesondere in Kitas mit einem hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in die pädagogische Arbeit einfließen.

Daher wird dieses Projekt auch in Kindertagesstätten in Moosach durchgeführt. Um den Zugang zu Büchern zu erleichtern, wurden Bücher-Lesecken eingerichtet und die Kinder beim Erforschen von Büchern und Geschichten begleitet. Später erfanden die Kinder selber Geschichten, die festgehalten wurden. Zur Erweiterung der Erfahrungs- und Lernfelder wurden auch Ausflüge unternommen. Neben den Eltern (Buchausleihe an Eltern) werden auch Senioren aus dem Stadtteil einbezogen (Vernetzung mit Seniorenheim).

Projektträger und Beteiligte

- Projektträger: Schul- und Kultusreferat, Fachabteilung 5, Kindertageseinrichtungen
- Projektbeteiligte: Kindertagesstätten, Pädagogisches Institut, Elternbeiräte, Bibliothek u.a..

Projektkosten und Finanzierung

Personalressourcen (Fachberatung, Team Kita), Sachkosten (Bücher, Übersetzung u.a.).

Laufzeit

Laufend.

Weitere Informationen

Institut für Frühpädagogik, siehe Webseite: www.ifp-bayern.de und Portal: www.wissen-und-wachsen.de

Ansprechpartnerin

Landeshauptstadt München, Schul- und Kultusreferat
Fachabteilung 5, Abteilungsleitung Frau Dr. Hartl-Grötsch
Neuhauser Straße 39, 80331 München

Tel. 089 / 233 – 2 63 30, Fax 089 / 233 – 2 45 06,
E-Mail: f5.scu@muenchen.de

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Aktive Einbeziehung der Eltern in die Sprachförderung
- Motivation zu Lesepartnerschaften.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Verschiedene Elemente und Stufen verbessern das Sprachvermögen der Kinder, führen an das geschriebene Wort heran und vermitteln den Umgang mit Büchern.

Kulturelle Vielfalt

- Einbeziehung der Muttersprachen beim Vorlesen
- Übersetzung von Kinderbüchern in verschiedene Sprachen.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Intensive Elternarbeit stellt nachhaltige Wirkung sicher
- Bedeutung von Sprachförderung und Mehrsprachigkeit wird vermittelt.

Kooperation zwischen Akteuren

- Projektbezogene Abstimmung von Schulreferat, Kitas und sonstigen Bildungseinrichtungen.

Empowerment

- Sensibilisierung der Eltern für die Bedeutung, die Vorlesen für die Sprachentwicklung ihrer Kinder hat
- Unterstützung der Eltern und Kinder bei der Nutzung des vorhandenen Angebots an Lesestoff.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Intensive Elternarbeit
- Übersetzen der Bücher in andere Sprachen.

Berufliche Orientierung

Die Integration von Zuwanderern über den Arbeitsmarkt wird durch zwei spezifische Schwellen besonders erschwert: Erkennbare Schwierigkeiten bereiten jungen Zuwanderern zunächst der Übergang von der Schule in die Ausbildung und später der Übergang von der abgeschlossenen Ausbildung in den erlernten Beruf.

Die Ausbildungsquote von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien liegt aus verschiedenen Gründen deutlich unter derjenigen deutscher Jugendlicher. Mangelnde Sprachkenntnisse sind eine Hauptursache für schulischen Misserfolg, der wiederum den Einstieg ins Berufsleben erschwert. Angesichts des knappen Ausbildungsplatzangebotes haben Migranten zudem schlechtere Chancen als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Auch ihre Abschlussquote bei einer betrieblichen Ausbildung liegt signifikant niedriger als die der Deutschen. Die Nachfrage nach einer betrieblichen Ausbildung steigt bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund jedoch an.

Der negative Ausleseprozess, der mit dem Einstieg ins Bildungssystem begonnen hat und sich bei Beginn der Berufsausbildung fortsetzt, verstärkt sich noch einmal nach Abschluss der Berufsausbildung. Jugendliche aus Zuwandererfamilien, die eine Ausbildung absolviert haben, finden seltener einen Arbeitsplatz in ihrem erlernten Beruf. So bleibt für viele nur der Einstieg in unqualifizierte und prekäre Beschäftigungen und damit einer der sichersten Wege in gesellschaftliche Marginalisierung und Unsicherheit.

Eine weitere Ursache für diese Probleme besteht darin, dass zugewanderte Eltern ihren Kindern häufig nur Interesse an den Berufsfeldern vermitteln, in denen sie selber als Gastarbeiter erfolgreich gewesen sind. Dabei handelt es sich aber um Berufsbilder in genau dem Arbeitsmarktsegment, das heute am deutlichsten schrumpft.

Deshalb ist es hilfreich, Eltern für die Bedeutung einer soliden, arbeitsmarktorientierten beruflichen Ausbildung zu sensibilisieren. Informationsarbeit in diesem Bereich ist daher von zentraler Bedeutung. Ansätze zur Elternarbeit durch Kooperation von Schulen mit ethnischen Vereinen, aber auch mit Moscheen, haben sich in diesem Zusammenhang bewährt. Kooperationen und Partnerschaften der Wirtschaft mit Schulen, Betriebspraktika und Betriebsbesuche bieten überdies den Schülern schon während der Schulzeit Einblick in die Arbeitswelt und den Berufsalltag und vermitteln berufliche Orientierung.

Ausbildungsverbund ausländischer Unternehmen Mannheim

Der Ausbildungsverbund des Interkulturellen Bildungszentrums (ikubiz) „Ausländische Selbständige bilden aus“ wurde 1996 in Mannheim gegründet, um zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund, insbesondere bei Hauptschülern, beizutragen und die Ausbildungsfähigkeit ausländischer Betriebe zu fördern. Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der Förderung von Mädchen, da sie auf dem Arbeitsmarkt besonders benachteiligt sind. Der Ausbildungsverbund bezieht Betriebe, den Einzelhandelsverband und das ikubiz als koordinierende Stelle ein. Eine Strategiekommission unter Beteiligung des Arbeitsamtes, der IHK, der Handwerkskammer, der Stadt Mannheim (Fachbereich Beschäftigungsförderung) und des ikubiz warb von 1999 bis 2004 ausländische Ausbildungsbetriebe an.

Der Ausbildungsverbund betreut die Auszubildenden während der ganzen Ausbildungszeit fachlich und sozialpädagogisch, da viele Auszubildende, die nicht betreut werden, die Ausbildung abbrechen. Wichtig für den erfolgreichen Abschluss der Ausbildung ist dabei der Kontakt zu den Familien. Insbesondere bei ausländischen Mädchen ist bedeutsam, dass alle Familienmitglieder die Ausbildung befürworten und unterstützen. Zudem berät der Ausbildungsverbund die Betriebe und qualifiziert die Ausbilder (Ausbilderkurse mit IHK-Prüfung).

Im Großraum Mannheim haben sich durch den Verbund über 100 Firmen mit einem ausländischen Eigentümer als Ausbildungsbetriebe (Einzel-/Großhandel, Reisebüros, Gastronomie) etabliert. Viele bilden bereits zum wiederholten Male aus und qualifizieren erfolgreich junge Fachkräfte. Die Koordination vor und während der Ausbildung wird vom Interkulturellen Bildungszentrum übernommen. Seit Anfang 2005 wird im Rahmen eines Staregio-Projektes der Ausbildungsverbund auf den Rhein-Neckar-Kreis ausgeweitet.

Das Projekt erhielt eine Auszeichnung von Bundespräsident Rau im Rahmen des bundesweiten „Wettbewerbes zur Integration von Zuwanderern“ sowie eine Auszeichnung für innovative Berufsbildung („Hermann-Schmidt-Preis“).

Projektträger und Beteiligte

- Projektträger: ikubiz gGmbH (Interkulturelles Bildungszentrum)
- Kooperationspartner: Bildungszentrum des Einzelhandelsverbandes, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Berufsschulen, ausländische Betriebe.

Projektkosten und Finanzierung

Das Projekt wird finanziell unterstützt von der Stadt Mannheim, der Agentur für Arbeit, dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem europäischen Sozialfonds sowie der Freudenberg Stiftung.

Laufzeit

seit 1996

Weitere Informationen

<http://www.ikubiz.de/abv.htm>

Ansprechpartnerin

Elvira Stegnos, Hasan Aydogan
Tel: 0621 / 15975-16 bzw. 1567298
mailto: ausbildungsverbund@ikubiz.de

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Hauptressource sind lokale Unternehmen
- Aufbau auf lokalen Netzwerken und Kooperationen der Ausbildungsinitiative
- Unterstützung durch die Stadt Mannheim (Fachbereich Beschäftigungsförderung)
- die Agentur für Arbeit unterstützt den Unterricht.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Kooperative Umsetzung bringt Vorteile und Nutzen für Beteiligte mit unterschiedlichen Interessen (z.B. Auszubildende und Arbeitgeber).

Kulturelle Vielfalt

- Mitarbeiter des Ausbildungsverbundes und Auszubildende haben Migrationshintergrund
- Inhaber aller teilnehmenden Betriebe sind ausländischer Herkunft
- interkulturelle Kontakte werden befördert, indem beispielsweise türkische Jugendliche in einem griechischen Betrieb ausgebildet werden.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Beteiligung vieler kleiner und mittelständischer Unternehmen am Ausbildungsverbund stärkt langfristig die ethnische Ökonomie und schafft Ausbildungs- sowie Arbeitsplätze.

Kooperation zwischen Akteuren

- Etablierung intensiver und fester Kooperationen und Vernetzungen sowohl mit Stadtteil-Einrichtungen als auch stadtweiten Institutionen einschließlich zahlreicher Betriebe.

Empowerment

- Durch Hinleitung zur Ausbildungsberechtigung können Unternehmer mit Migrationshintergrund stabile Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

- Der Ausbildungsverbund unterstützt in besonderer Weise Mädchen mit Migrationshintergrund
- drei Viertel der Auszubildenden sind Mädchen.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Intensive persönliche Betreuung der Betriebe und Auszubildenden (Erfahrungen zeigen, dass die Betreuer den familiären Hintergrund insbesondere von Mädchen kennen müssen, um die Auszubildenden passgenau vermitteln zu können)
- kontinuierlicher Kontakt zu Betrieben und Auszubildenden
- Gespräche mit den Eltern der Auszubildenden, um deren Unterstützung für die Ausbildung insbesondere bei Mädchen zu erhalten
- gute Vernetzung mit anderen Institutionen und Einrichtungen, wie z.B. allen relevanten Ausbildungsakteuren
- bedarfsorientierter Ansatz.

Berufliche Orientierung an der Hauptschule Hummelsteiner Weg Nürnberg, Südstadt

Die Hauptschule Hummelsteiner Weg liegt in der Nürnberger Südstadt im Programmgebiet „Soziale Stadt“ Galgenhof/Steinbühl. Die Schule hat 600 Schüler, davon ca. 70% Migranten aus über 20 Herkunftsländern. Klassische Angebote der Berufsorientierung, Projektarbeit, alternative Lehrstrategien und Elternaktionen sind integrale Bestandteile des Schulalltags. Zusätzlich gibt es verschiedene Modellprojekte.

In der „AG Südstadtkids“ verbessern ältere Schüler, darunter 80% mit Migrationshintergrund, in verschiedenen Lernmodulen ihre Sprach-, Medien- und soziale Kompetenz. Sie werden u.a. als interkulturelle Stadteillotsen und als Akteure in der Elternarbeit ausgebildet. Eine engagierte Lehrerin, ein erlebnispädagogischer Coach und das Bildungszentrum leiten und begleiten die Südstadtkids in Kooperation mit örtlichen Institutionen. In den Projekten „BinS“ und „blick.B“, die durch das LOS-Programm gefördert wurden, produzierten Schüler jeweils eine Broschüre über ausgewählte Berufsbilder, besuchten Betriebe, interviewten Personalleitungen und sammelten Informationen für eine Berufsfibel. Das Projekt „Qualibegleitende Hilfen und Ausbildungsplatzoffensive für Jugendliche der Nürnberger Südstadt“ (QUAPO) unterstützt Schüler der 8./9. Klasse mit zusätzlichem Förderunterricht, Betreuung und Hausaufgabenangeboten beim Erwerb des „Qualifizierenden Hauptschulabschlusses“ und begleitet sie beim Übergang in eine Berufsausbildung. Ein Netzwerk von Beratungs- und Qualifizierungsträgern, Innungen usw. unterstützt die Berufsorientierung, Ausbildungsplatzsuche und die Vorbereitung auf Bewerbungsverfahren.

Projektträger und Beteiligte

- Träger „Südstadtkids“: Bildungszentrum Nürnberg, Lernende Region
- Träger „QUAPO“: Noris Arbeit gGmbH (NOA)
- Hauptakteure: Lehrer und Schüler der Hauptschule Hummelsteiner Weg
- Weitere Beteiligte: andere Hauptschulen der Südstadt, Nürnberger Firmen, Innungen, Rotary Club Nürnberg-Reichswald, Kommunale Ämter und Referate der Stadt Nürnberg, Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg, Träger der Freien Wohlfahrtspflege, SOS-Berufsausbildungszentrum, Deutsches Erwachsenen Bildungswerk e.V., Südpol e.V., Agentur für Arbeit, Quartiersmanagement Galgenhof/Steinbühl, Netzwerk Lernende Region Nürnberg-Fürth-Erlangen, Moschee Egüy-Sultan.

Projektkosten und Finanzierung

- „AG Südstadtkids“: ca. 250.000 €; 50% aus ESF-Ziel-2-/Ziel-3-Programmen, übrige Finanzierung durch Bildungszentrum der Stadt Nürnberg und das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus
- „QUAPO“: 530.000 € aus ESF-Ziel-2-Programm, übrige Finanzierung durch Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg, Eigenmittel der NOA, Sozialamt der Stadt Nürnberg (bis 2004) und Arbeitsmarktförderung der ARGE-Nürnberg
- „BinS“ und „blick.B“: Bundesprogramm LOS.

Laufzeit

- Betriebsvorstellungen und Info-Veranstaltung: laufend
- „Südstadtkids“: Juli 2002 bis Juni 2006; Fortsetzung im ESF-Projekt „Lernnetzwerk Neulichtenhof“ bis Dezember 2006
- „QUAPO“: 2003 bis 2007
- „BinS“ : 2004
- „blick.B“: 2005.

Weitere Informationen www.suedstadtkids.de und über Dr. Martin Bauer-Stiasny Bildungszentrum-Süd Wölckernstr. 10 90459 Nürnberg Tel.: 0911/ 231-7350	Ansprechpartner Harald Mels / Uta Wendrich Hauptschule Hummelsteiner Weg Hummelsteiner Weg 25 90459 Nürnberg Tel.: 0911/ 44 40 24 Email: uta.wendrich@web.de Email: hs-hummel@t-online.de
--	---

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Angebote basierten auf Engagement der Lehrerschaft und der Schüler
- Einbeziehung zahlreicher örtlicher und überörtlicher Institutionen.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Neue Formen und Inhalte von Kooperationen, integrative Ansätze von Erwachsenenbildung und modellhafte didaktische Konzepte wirksamer Zielgruppenarbeit (dafür Innovationspreis 2005 in der Kategorie „Interkulturalität“ des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung).

Kulturelle Vielfalt

- Projektteilnehmer aus unterschiedlichen Migrationshintergründen
- Arbeit in der „AG Südstadtkids“ fördert das interkulturelle Lernen.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Eigene Fähigkeiten, bessere Schulabschlüsse, berufliche Orientierung und der Erwerb berufsrelevanter Schlüsselqualifikationen werden gefördert und der Übergang von der Schule in den Beruf erleichtert.

Sozialraumbezug

- Die Südstadtkids verbessern das Image der Schule, fördern die Identifikation der Schüler mit ihrem Stadtteil und das Wissen über den Stadtteil und seine Angebote.

Kooperation zwischen Akteuren

- Die Schule ist mit Vereinen, Institutionen und Projekten im Stadtteil sowie mit verschiedenen Bildungseinrichtungen vernetzt.

Empowerment

- Schüler werden bei der Weiterentwicklung ihrer Fähigkeiten, der Entfaltung ihrer Persönlichkeit und beim Erwerb berufsrelevanter Kompetenzen unterstützt.

Wissenschaftliche Begleitung/Evaluation

- Wissenschaftliche Begleitung von „Südstadtkids“ durch zwei universitäre Institute
- „QUAPO“ wird im Rahmen der EU-Ziel-2-Förderung evaluiert

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Offenheit des Schulkollegiums, der kommunalen Verwaltung, der Institutionen im Stadtteil, der verschiedenen Bildungsträger und der Vertreter der Wirtschaft für gemeinsames Arbeiten
- gegenseitiges Ernstnehmen, die Anerkennung der Leistungen der Kooperationspartner und das Voneinander-Lernen-Wollen in Bezug auf systemeigene Strukturen, Fähigkeiten und Schwächen.

Migranten-Ökonomie

Unter Zuwanderern ist die Arbeitslosigkeit etwa doppelt so hoch wie bei der deutschen Bevölkerung. Darauf haben Migranten in den letzten Jahren in stärkerem Maße als Deutsche mit dem Schritt in die Selbstständigkeit reagiert. Einer überdurchschnittlichen Gründungsquote von Zuwanderern steht jedoch eine überdurchschnittliche Zahl an Betriebsschließungen gegenüber. Die Migranten-Ökonomie ist durch eine starke Fluktuation geprägt.

Lokale Migranten-Ökonomie kann ein Quartier aufwerten und mit Blick auf das nachbarschaftliche Zusammenleben und die Lebensqualität im Stadtteil „Brückenfunktionen“ übernehmen. Sie ist besonders für die Nahversorgung im Stadtteil und für die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen wichtig. Die sich aus der Migranten-Ökonomie ergebenden Potenziale für die städtische Wirtschaft, den lokalen Arbeitsmarkt und die Integration im Quartier können durch gezielte Strategien und Maßnahmen verstärkt werden.

Kommunen können durch Beratung und Förderung nicht nur Unternehmensgründungen anregen, sondern auch zur Stabilisierung der Unternehmen im laufenden Betrieb beitragen. Viele Kommunen verfolgen entsprechende Strategien, die Hemmnisse und Gründungsschwierigkeiten abbauen und erfolgreiche Unternehmensführung sichern sollen. In einigen Städten werden spezifische Förderprogramme entwickelt und Maßnahmen angeboten, die auf die Besonderheiten nichtdeutscher Existenzgründer zugeschnitten sind. Sie beschränken sich nicht nur auf Erstberatung, sondern begleiten neu gegründete Unternehmen über einen längeren Zeitraum. Unterstützt wird darüber hinaus vielfach der Aufbau lokaler Netzwerke und Kooperationen, in denen sich vor Ort ansässige Unternehmen zusammenschließen und Öffentlichkeitsarbeit zur Imageverbesserung des Quartiersstandortes betreiben. Es gibt auch Wohnungsunternehmen, die Existenzgründer bei der Suche nach geeigneten Gewerberäumen unterstützen, in dem sie beispielsweise auf einen Teil der Gewerbemiete im ersten Geschäftsjahr verzichten.

Viele Migrantenbetriebe im Quartier sind klein. Sie sind daher häufig nicht in der Lage, sich als Ausbildungsbetrieb zu betätigen. Zudem fehlt ihnen oft eine Ausbildungsberechtigung. Die Bildung lokaler Ausbildungsverbände wirkt diesen Problemen entgegen und trägt zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen – nicht nur für Zuwanderer – bei.

Deutsch-Türkisches Wirtschaftszentrum Mannheim

Als erste Stadt in Deutschland eröffnete Mannheim im April 2004 ein Deutsch-Türkisches Wirtschaftszentrum (dtw). Es unterstützt junge türkischstämmige Existenzgründer und Unternehmen mit Beratung und Qualifizierungsangeboten von der Gründungsidee bis zur Konsolidierung der jungen Betriebe und stellt ihnen bei Bedarf Geschäftsräume zur Verfügung. Zudem bietet das dtw bedarfsgerechte Fortbildungsangebote, ein Coaching-Programm für bestehende türkische Betriebe und regelmäßige Gründertage. Dort präsentieren die Kooperationspartner des dtw (Handwerkskammer Mannheim, IHK Rhein-Neckar, RKW Baden-Württemberg, Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Mannheim, Volksbank Rhein-Neckar und Agentur für Arbeit) ihre Angebote und beraten Gründer. Im Frühjahr 2006 lud das dtw die türkischstämmigen Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater zum ersten dtw-Branchentreffen ein.

Übergreifendes Ziel des dtw ist es, Kontakte und Kooperationen mit türkischen und deutschen Unternehmen und Wirtschaftsinstitutionen aus Mannheim und der Rhein-Neckar-Region aufzubauen und weiter zu entwickeln, so dass Unternehmen gefördert und neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze in Mannheim geschaffen werden. Das Büro des Beauftragten für ausländische Einwohner sowie das Amt für Wirtschaftsförderung haben das Projekt von städtischer Seite initiiert und die Umsetzung begleitet.

Projektträger und Beteiligte

- Projektträger: AWO Mannheim
- Kooperationspartner in Mannheim: Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar, Handwerkskammer Mannheim, Agentur für Arbeit, Stadt Mannheim (Wirtschaftsförderung, Beauftragter für ausländische Einwohner), Verband Türkischer Unternehmer Rhein-Neckar e.V., Einzelhandelsverband Nordbaden e.V., Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gaststätten (BGN), Start im Quadrat, Partner für Existenzgründungen
- Überregionale Kooperationspartner: Stiftung Zentrum für Türkeistudien / Essen, Informationszentrum für Existenzgründungen (ifex) / Stuttgart, Deutsche Auslandshandelskammern A-IHK in Istanbul, Deutsch-Türkische Industrie- und Handelskammer in Köln (TD-IHK).

Projektkosten und Finanzierung

- Förderung von der Europäischen Union im Rahmen der Programme Ziel 2 und Ziel 3
- weitere Finanzierung durch das Land Baden-Württemberg und die Stadt Mannheim
- Eigenanteil der AWO
- Finanzielle Unterstützung der Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar (IHK) und der Handwerkskammer Mannheim (HWK).

Laufzeit

- Einweihung: April 2004
- Förderzeit Ziel 2: bis 2012
- Förderzeit Ziel 3: bis Oktober 2006.

Weitere Informationen

www.dtw-mannheim.de

Deutsch-Türkisches Wirtschaftszentrum Mannheim (dtw)
U6, 16
68161 Mannheim

Ansprechpartner

Joachim Quast, Dipl.-Kfm., Projektleitung

Tel.: 0621 / 122998-62

e-mail : joachim.quast@dtw-mannheim.de

Kanber Altintas, Dipl.-Volkswirt, Projektmanagement

Tel.: 0621 / 122998-63

e-mail : kanber.altintas@dtw-mannheim.de

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Bestehende Netzwerke, Initiativen und Institutionen wurden in eine neue Form der Kooperation eingebunden.
- Großes Engagement des Amtes für Wirtschaftsförderung und des Beauftragten für ausländische Einwohner.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Das dtw zielt auf die Integration in die bestehenden Beratungs- und Weiterbildungsstrukturen Mannheims, die Förderung der wirtschaftlichen und institutionellen Kooperation und die Vernetzung zwischen türkischen und deutschen Betrieben auf lokaler und - in Zusammenarbeit mit der IHK - internationaler Ebene.
- Konzeption und Zielstellung wurden von verschiedenen Ämtern ressortübergreifend entwickelt und werden von der Politik mitgetragen.

Kulturelle Vielfalt

- Das dtw zielt auf türkischstämmige Unternehmer und damit auf die größte in Mannheim lebende Migrantengruppe.
- Diese zielgruppenspezifische Ausrichtung erhöht die Akzeptanz des Angebotes.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Nachhaltiger Beitrag zur wirtschaftlichen Integration der türkischstämmigen Einwohner Mannheims
- Außenhandelsbeziehungen mit der Türkei werden intensiviert, neue Unternehmen gefördert und Arbeitsplätze in Mannheim geschaffen.

Impulswirkung

- Das dtw ist ein Leuchtturmprojekt der Stadt Mannheim.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Integrations- und wirtschaftspolitischer Wille in der Kommune
- sorgfältige Erfolgskontrolle unter Berücksichtigung der Zahlen von Gründungen, Qualifizierungsangebote und von deren Beschäftigungswirksamkeit
- gute Kooperationsmöglichkeiten zwischen etablierten türkischstämmigen Firmen
- gemeinsame Anstrengungen zu deren Integration in bestehende wirtschaftliche Strukturen
- Entwicklung neuer Kooperationen und Netzwerke mit deutschen Geschäftspartnern
- Kritische Begleitung und Förderung durch dtw – Beiratsmitglieder.

Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten

Zuwanderer bringen bislang ihre Interessen nur in geringem Maß aktiv in kommunale Entscheidungsprozesse oder in Vertretungsorgane bei Wohnungsunternehmen ein. Partizipationsangebote, vor allem wenn sie für alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen angeboten werden, erreichen sie nur selten. Insbesondere die Einbeziehung älterer Erwachsener ist schwierig.

Solche Erfahrungen machen viele Wohnungsunternehmen, sie wird aber auch aus Stadtplanungsprozessen mit Partizipationsmöglichkeiten bestätigt. Diese Problematik liegt vor allem in Sprachschwierigkeiten, aber auch in hierzulande gängigen mittelschichtorientierten Partizipationsformen (traditionellen Vereinsstrukturen, Diskussionsforen, Schriftlichkeit) begründet.

Gleichberechtigte Teilhabe und aktive Mitwirkung am Quartiersgeschehen sind jedoch wichtig und förderlich für eine gelungene Integration und ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Gebiet. Partizipation und aktive Interessenvertretung von Migranten wirken also integrationsfördernd.

Viele Kommunen setzen sich daher für eine bessere Nutzung der Mitsprache- und Vertretungsmöglichkeiten von Zuwanderern ein, z.B. für eine höhere Wahlbeteiligung bei Ausländerbeiratswahlen. Der Aufbau von Kooperationen zwischen Kommunen und Migrantenorganisationen wird unterstützt, um den Zugang zu den Migrantengruppen zu erleichtern und die Migrantenorganisationen stärker in das Stadtteilgeschehen einzubinden. Eigenengagement der Zuwanderer wird befördert.

Gute Erfahrungen bei der Beteiligung der Migranten haben Wohnungsunternehmen gemacht, die Angebote zur Teilhabe explizit auf die Bedürfnisse von Migranten zugeschnitten haben, sei es durch interkulturelle Schulung ihrer Mitarbeiter, sei es durch die Bestellung von Vertrauenspersonen aus dem Kreis der Zuwanderer, die Migranten direkt ansprechen und zur Beteiligung motivieren. Darüber hinaus trägt die Wohnungswirtschaft durch die Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten zur Selbstorganisation der Mieter mit Migrationshintergrund bei. Sie unterstützt zudem vielerorts Mieterbeiräte bzw. -initiativen. Allein durch das Engagement in einem solchen Gremium entsteht ein Gefühl von Nachbarschaftlichkeit, das sich positiv auf das Zusammenleben auswirkt.

Wichtigste Instrumente zur Aktivierung von Zuwanderern in der Bewohnerschaft sind das gesprochene Wort und der persönliche Kontakt. Schriftliche Informationsmaterialien, auch wenn sie in der Muttersprache der Bewohner verfasst sind, wirken deshalb zwar unterstützend, reichen aber nicht aus. Angebote von Wohnungsunternehmen und Kommunen zur Aktivierung der Zuwanderer finden häufig an Orten statt, die von den Zuwanderern regelmäßig im Alltag besucht werden, wie z.B. Cafés, Vereine, Gemüsehändler, Kindertagesstätten und Moscheen. Stadtteilstoffe können darüber hinaus das nachbarschaftliche Zusammenleben befördern und das Engagement der Bewohner einbinden.

Oststadt-Orchester Essen

Schätzungsweise 20 bis 25% der Bewohner der Siedlung Bergmannsfeld im Essener Osten sind Spätaussiedler. Viele von ihnen sind gut ausgebildete Akademiker, haben aber aufgrund von Sprachdefiziten und/oder Problemen bei der Anerkennung ihrer Berufsausbildung besondere Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden.

Mit Blick auf diese Zielgruppe entwickelte das Stadtteilbüro in Bergmannsfeld Angebote zur Beschäftigung, Anerkennung und Integration, die auch den Kontakt mit in Deutschland aufgewachsenen Bewohnern fördern. Dabei stellte sich heraus, dass es unter den Spätaussiedlern viele gut ausgebildete Musiker gab. Dies war der Ausgangspunkt für die Gründung des „Oststadt-Orchesters“ im Jahr 2002.

Ein Bewohner der Siedlung, Slava Sikiriavyy, hatte viele Jahre in der Ukraine ein Blasorchester geleitet und zudem als Dirigent mit jungen Musikern gearbeitet. Er konnte für die Leitung des Oststadt-Orchesters gewonnen werden. Zudem fanden sich schnell etwa 20 Berufs- und Hobbymusiker mit unterschiedlichsten Instrumenten. Etwa die Hälfte ist aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion zugewandert, die andere Hälfte ist in Deutschland aufgewachsen. Ungewöhnlich ist auch der Altersquerschnitt der Orchestermitglieder, die zwischen 15 und 65 Jahre alt sind. Obwohl nicht alle Deutsch sprechen, gibt es keine Verständigungsprobleme, da die Musik als gemeinsame Sprache genutzt wird.

Nach ersten Konzerten innerhalb der Siedlung tritt das Oststadt-Orchester inzwischen auf Veranstaltungen in der Gesamtstadt Essen und außerhalb auf. Das internationale Orchester ist ein sichtbares Zeichen für das Potenzial und das Engagement der Zuwanderergruppe der Spätaussiedler. Es trägt durch seine Auftritte zur Verbesserung des Images dieser Gruppe sowie der Siedlung Bergmannsfeld bzw. des Essener Ostens insgesamt bei. Für die zugewanderten Orchestermitglieder war die Arbeit im Orchester ein wichtiger Ausgangspunkt für Kontakte untereinander und mit hier aufgewachsenen Musikern. Sie trug auch erheblich zu ihrer sozialen Stabilisierung in der neuen Heimat bei.

Projektträger und Beteiligte

- Initiator und Ansprechpartner: Markus Heijenga, Stadtteilbüro Bergmannsfeld
- Orchesterleiter Slava Sikiriavyy.

Projektkosten und Finanzierung

- Keine laufenden Kosten, außer geringem Aufwand für Kopien von Noten und Veranstaltungshinweisen
- Zu Beginn ca. 6.000 € von der Alfred Krupp- und Friedrich Alfred Krupp-Stiftung zur Verbesserung der Ausstattung mit Instrumenten.

Laufzeit

seit Anfang 2002.

Ansprechpartner

Markus Heijenga
Sozialdienst katholischer Frauen Essen-Mitte e.V.
Stadtteilbüro Bergmannsfeld
Philosophenweg 8
45279 Essen
Tel.: 0201 – 54 06 06
Fax: 0201 – 54 29 51

Email: m.heijenga@skf-essen.de

Internet: <http://www.bergmannsfeld.de>

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Orchesterleiter und Mitglieder sind Bewohner der Essener Oststadt, geprobt wird im örtlichen Bürgerzentrum.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Orchester bietet Rahmen für gemeinsame Aktivitäten von Personen mit und ohne Migrationshintergrund
- Selbstbewusstsein der Teilnehmer wird gestärkt und Image der Migrantengruppe und des Quartiers gefördert.
- Es entstand eine neue Kontaktebene zwischen den Zuwanderern und dem Mitarbeiter des Stadtteilbüros, die außerhalb der klassischen Beratungssituation die Integration unterstützt.

Kulturelle Vielfalt

- Gezielte Konzeption für gut ausgebildete Zuwanderer aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Das Orchester trägt sich selbst, ist relativ unabhängig von äußeren Faktoren und bietet damit ein hohes Potenzial an Nachhaltigkeit.
- Die Lebensdauer hängt allerdings vom Interesse der Mitglieder und insbesondere des Leiters ab.

Sozialraumbezug

- Das Orchester knüpft unmittelbar an den Interessen und Lebensbedingungen der Quartiersbewohner an, schafft Kontakte untereinander und wirkt sich positiv auf das Image des Quartiers aus.

Empowerment

- Die Musiker können ihre Fähigkeiten einsetzen und präsentieren.
- Sie erfahren Anerkennung, die vielen auf dem Arbeitsmarkt derzeit verwehrt wird.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Musikmachen ist für die Beteiligten mit Spaß verbunden
- Voraussetzung ist eine Person, die die fachliche Leitung übernimmt
- organisatorische Begleitung durch einen Mitarbeiter eines Stadtteilbüros oder sozialen Trägers hilft, das Orchester auch als (zusätzlichen) Zugang zu sozialen Unterstützungs- und Beratungsangeboten zu nutzen
- Förderlich wäre eine finanzielle Gratifikation (Honorar) für den Orchesterleiter.

Internationaler Frauentreff Sossenheim Frankfurt am Main

Die Gründung des Internationalen Frauentreffs Sossenheim im Jahr 2002 erfolgte auf Initiative des Quartiersmanagements in der Carl-Sonnenschein-Siedlung im Stadtteil Sossenheim. In Sossenheim lebende Migrantinnen sollten Kontaktmöglichkeiten erhalten und darin unterstützt werden, am nachbarschaftlichen und öffentlichen Leben teilzunehmen. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es in der Siedlung keinerlei Infrastruktur, die die Kommunikation unter den erwachsenen Migrantinnen und Migranten befördert hätte.

Eine eigens eingestellte Honorarmitarbeiterin türkischer Herkunft knüpfte im Rahmen des Quartiersmanagements „Frankfurt Soziale Stadt – Neue Nachbarschaften“ durch direkte Ansprache, Handzettel und Hausbesuche Kontakte zu den Migrantinnen in der Siedlung. Das erste Treffen war mit über 20 Frauen bereits gut besucht; es standen zunächst Alltagsthemen im Vordergrund. Themenbezogene, in Selbsthilfe organisierte Veranstaltungen und Aktivitäten fächerten später das Angebot auf und ermöglichten weiteren Frauen den Zugang. Ein größerer Versammlungsraum wurde in Kooperation mit dem Jugendhaus Sossenheim gefunden. Auf Wunsch der Gruppe wurden von Volkshochschule und AWO-Stadtteildienst Sprachkurse angeboten.

Als einige besonders aktive Frauen aus der Gruppe begannen, sich im und für den Stadtteil zu engagieren, vernetzte sich der Internationale Frauentreff mit anderen Institutionen, die ausschließlich „deutscher Prägung“ waren. Er beteiligt sich heute an Veranstaltungen im Stadtteil und nimmt an der Gremienarbeit teil. Zudem berät er Migrantinnen, wozu einige Teilnehmerinnen Fortbildungen absolvieren. Die Arbeit erweiterte sich nochmals durch den Aufbau eines weiteren Frauentreffs im neuen Quartiersmanagementgebiet der benachbarten Henri-Dunant-Siedlung durch zwei Frauen des Internationalen Frauentreffs Sossenheim.

Projektträger und Beteiligte

- Projektträger: Quartiersmanagement im Rahmen des kommunalen Programms „Frankfurt Soziale Stadt – Neue Nachbarschaften“
- Jugendhaus Sossenheim des ev. Vereins für Sozialarbeit, Stadtteildienste Höchst der AWO Hessen Süd, Kirchengemeinden, Sossenheimer Gesundheitskonferenz, Mieterverein Henri-Dunant-Siedlung, Nassauische Heimstätte GmbH, Volkshochschule
- Bewohnerinnen mit Migrationshintergrund.

Projektkosten und Finanzierung

- Honorar für Fachkraft (ca. 6 h/Woche über einen Zeitraum von 2 bis 3 Jahren)
- Räumlichkeiten für einen eigenen Treffpunkt.

Laufzeit

Seit 2002 Internationaler Frauentreff Sossenheim, seit 2005 Internationaler Frauentreff Henri-Dunant-Siedlung, beides fortlaufend.

Ansprechpartner

Quartiersmanagement Sossenheim "Henri-Dunant-Siedlung"
Herr Alexander Quirin
Kurmainzer Str. 161
65936 Frankfurt am Main
Tel: 069/ 30 03 96 21
Fax: 069/ 30 05 89 00
Email: alexander.quirin@awo-frankfurt.de
Homepage: http://www.frankfurt-sozialestadt.de/sossenheim_dunant.htm

Internationaler Frauentreff Sossenheim
Carl-Sonnenschein-Str. 72
65936 Frankfurt am Main
Tel: 069/ 93 49 07 82

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Frauengruppen beteiligen sich an quartiersbezogenen Aktivitäten.
- Einzelne Teilnehmerinnen engagieren sich in bestehenden lokalen Netzwerken.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Engagement im kulturellen, Gesundheits- und sozialen Bereich wird mit der Förderung von Integration verbunden.

Kulturelle Vielfalt

- In der Internationalen Frauengruppe Henri-Dunant-Siedlung konnten neben Frauen türkischer Herkunft auch andere Nationalitäten gewonnen werden.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Ehemals kontinuierlich begleitende Honorarkraft steht auch weiterhin bei Bedarf als Ratgeberin zur Verfügung
- Wohnungsunternehmen Nassauische Heimstätte GmbH stellt kostenlose Räumlichkeit bereit.

Sozialraumbezug

- Engagement und Aktivitäten der Frauengruppe knüpfen unmittelbar an deren Alltagswelt und Lebensrealität an und zielen auf eine positive Beeinflussung der Lebensbedingungen im Stadtteil.

Kooperation zwischen Akteuren

- Mit Unterstützung der professionellen Begleitung vernetzte sich die Gruppe frühzeitig mit örtlichen Organisationen/Vereinen.

Empowerment

- Migrantinnen wurden durch die Teilnahme darin unterstützt, am nachbarschaftlichen und öffentlichen Leben teilzunehmen, dieses mitzugestalten und eigene Kompetenzen auszubauen.

Impulswirkung

- Die Gründung der Frauengruppe gab den Impuls, auch in weiteren Quartieren des kommunalen Programms „Frankfurt Soziale Stadt – Neue Nachbarschaften“ Frauentreffs aufzubauen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

- Die spezifischen Bedarfe von Frauen finden in vielerlei Hinsicht Berücksichtigung.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Migrantinnen persönlich ansprechen
- Zugang zu den Frauen durch eine weibliche Begleitperson, ggf. mit eigenem Migrationshintergrund, erleichtern
- professionelle Begleitung für ca. 2 bis 3 Jahre gewährleisten
- ein geselliges Angebot schaffen
- regelmäßige Treffen anbieten
- geeignete Räumlichkeiten finden
- ein breites Spektrum an Angeboten bereitstellen
- die Gruppe frühzeitig mit örtlichen Institutionen vernetzen
- diejenigen Frauen unterstützen, die weitere Schritte in den Stadtteil machen wollen.

Beteiligungswerkstatt mit Migranten und Migrantinnen Hannover, Mittelfeld

In Hannover Mittelfeld bestehen vielfältige Angebote zur Beteiligung von Bewohnern an der Stadtteilentwicklung (u.a. Kommission Soziale Stadt Mittelfeld, Arbeitsgruppe Wohnen als Ausschuss der vorgenannten Kommission, Unternehmensstammtisch, Trägerverein Schönes Mittelfeld (SchMitt e.V.)). Dabei gelang es bisher aber kaum, die Bevölkerung mit Migrationshintergrund einzubeziehen. Dies wird zum Teil auf mangelnde Kenntnisse der deutschen Sprache und daraus resultierende Unsicherheiten zurückgeführt, aber auch auf die Art der Ansprache und das Beteiligungsverfahren.

Deshalb wurden im Rahmen der Entwicklung eines Freiraumkonzeptes für Mittelfeld West konkrete Beteiligungs- und Mitwirkungsansätze für Migranten entwickelt. Schon im Vorfeld einer Beteiligungswerkstatt sollten Hemmnisse abgebaut und bürgerschaftliches Engagement von Zuwanderern aktiviert werden. Zur Vorbereitung wurde daher ein Informationstreffen veranstaltet, zu dem das Quartiermanagement in Zusammenarbeit mit der Gemeinwesenarbeit und der Grundschule weitere wesentliche Einrichtungen (Kinder- und Jugendzentrum, Kindertagesstätten, E&C-Projekt, Treffpunkt der Kulturen, Volkshochschule) im Gebiet eingeladen hatte. Das Treffen diente dem Ziel, Multiplikatoren zu gewinnen, die Migranten direkt ansprechen und zur Teilnahme an der geplanten ersten Beteiligungswerkstatt motivieren sollten. Zusätzlich fand in der Grundschule mit den Kindern der dritten Klasse eine Begehung der Umgebung statt. Anschließend bauten die Kinder Modelle „ihres“ Spielplatzes und stellten diese den Eltern und Mitschülern vor.

Um die Bereitschaft zur Teilnahme an der Beteiligungswerkstatt selbst zu erhöhen, wurde diese in der im Gebiet befindlichen Grundschule durchgeführt, die den meisten Migranten bekannt ist. Zudem waren Kinderbetreuung sowie Verpflegung durch ein von Migrantinnen zusammengestelltes Büffet sichergestellt. Die Einladung zur Beteiligungswerkstatt wurde in türkisch, russisch und englisch von den Multiplikatoren verteilt.

An der Beteiligungswerkstatt nahmen schwerpunktmäßig Migranten mit türkischer (kurdischer) und russischer Herkunft sowie aus Sri Lanka (Tamilen) teil. Es wurden vor allem zwei Themen behandelt (Freiraumplanung Mittelfeld-West, Einrichtung eines Elterncafes an der Grundschule), die auf großes Interesse stießen. Für beide Themen erklärten sich namentlich festgehaltene Migranten bereit, an der Weiterentwicklung mitzuwirken. Noch während der Beteiligungswerkstatt wurden konkrete Termine für weitere Treffen vereinbart.

Projektträger und Beteiligte

- Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Stadterneuerung
- Gemeinwesenarbeit Mittelfeld
- Quartiermanagement in Mittelfeld
- Schule
- Kinder und Jugendliche
- Migranten.

Projektkosten und Finanzierung

Mittel der Sozialen Stadt und des Verbundprojekts „Zuwanderer in der Stadt“.

Laufzeit

Umsetzung der Beteiligungsergebnisse in 2006 und 2007; weitere Beteiligung der Migranten bei der konkreten Objektplanung.

Ansprechpartner

Wolfgang Herberg
Landeshauptstadt Hannover,
FB Planen und Stadtentwicklung, Sachgebiet Stadterneuerung
Rudolf-Hillebrecht-Platz 1, 30159 Hannover
Telefon: 0511/168-46379
E-Mail: Wolfgang.Herberg@Hannover-Stadt.de

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- In die Vorbereitung und Durchführung wurden die lokalen Akteure direkt einbezogen und als Multiplikatoren und Mittler genutzt.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Vielfältige Zielsetzungen verknüpfen verschiedene Handlungsfelder der Integrationsförderung
- Gewinn für Beteiligung und Aktivierung, Aufwertung des Gebietes und der Verbesserung des Zusammenlebens der Bevölkerungsgruppen ist zu erwarten.

Kulturelle Vielfalt

- Einbeziehung einer Grundschule, in der Schüler vieler Nationen vertreten sind
- Beteiligung unterschiedlicher Migrantengruppen sowie der deutschen Bevölkerung
- Simultanübersetzung der Sachverhalte.

Kooperation zwischen Akteuren

- Gemeinsame Vorbereitung durch Quartiermanagement, GWA und Schule
- Bereits im Vorfeld entstand eine Kooperation, die für alle Beteiligte Vorteile schafft und langfristig wirksam sein kann.

Empowerment

- Migranten können ihre Vorstellungen und Bedürfnisse einbringen und sich später aktiv an der Umsetzung der Maßnahmen beteiligen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

- Durch Auswahl des Veranstaltungsortes und Kinderbetreuung konnten gerade Migrantinnen zur Beteiligung gewonnen werden.
- Ihre Belange und Vorstellungen flossen von Anfang an in die Diskussion ein.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Einbeziehung von Multiplikatoren zur direkten Ansprache der Migranten
- Kinderbetreuung
- gastfreundlicher Rahmen
- Dolmetscher für Simultanübersetzung
- Veranstaltung in einer den Zuwanderern bekannten Einrichtung stattfinden lassen.

ProFi-Junior- Wettbewerb und Begleitung zum Aufbau von Schüler- und Jugendfirmen von ProFimannheim (Projekt Firmengründung) Mannheim, Neckarstadt-West und Rheinau

ProFi-Junior ist ein Modellprojekt zum Aufbau von Schüler- und Jugendfirmen in ausgewählten Stadtteilen Mannheims (Mannheim Neckarstadt-West, Mannheim Rheinau sowie Speyer). Das Projekt zielt auf die Förderung der Eigeninitiative von Jugendlichen sowie den Erwerb von Schlüsselqualifikationen. Zur Initiierung von Schüler- und Jugendfirmen entwickelte ProFimannheim einen Wettbewerb, der ab 2004 in Kooperation mit verschiedenen Schulen und anderen Akteuren des Stadtteils Neckarstadt-West unter dem Titel „Eure Idee...Ihr seid die Chefs!“ durchgeführt wurde und bei Jungen und Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren auf große Resonanz stieß. In Neckarstadt-West bildeten sich sieben Gruppen, die von Mentoren begleitet wurden, die die Jugendlichen selbst auswählten (Lehrer, Eltern, Jugendhausmitarbeiter etc.). Aufgabe der Gruppen war die Entwicklung einer Geschäftsidee und eines Geschäftsplans. Sie besuchten Qualifizierungsworkshops, in denen betriebswirtschaftliches Know-how vermittelt wurde. Zum Abschluss präsentierten die Teilnehmer ihre Firmenidee vor einer Jury aus Mitgliedern des URBAN II-Vergabeausschusses für Mittelstandsförderung, dem Quartiermanager Neckarstadt-West, einem Vertreter der Freudenberg Stiftung Weinheim, Vertretern von örtlichen Banken und einer Gründerin. Bei allen Teilnehmern wurden die erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten in einem „Qualipass“ dokumentiert.

Gewinner des Wettbewerbes waren die Schülerfirma „Design 4 you“, die Einladungen, Flyer sowie Visitenkarten gestaltet und verteilt, sowie die Jugendfirma „Disco-DAGGS“, die Kinderdiscos, Musik- und Tanzanimation in einem Jugendhaus organisiert. Beide Preisträger erhielten jeweils ein von der Freudenberg Stiftung Weinheim, örtlichen Banken und Mannheimer Firmen finanziertes Startkapital. In der Realisierungsphase des Projektes wurden sie bei der Umsetzung ihrer Idee durch Mentoren aus den Einrichtungen begleitet. Die „Disco-Daggs“ organisieren gegenwärtig wöchentlich die Kinderdisco im Jugendhaus Erlenhof. Darüber hinaus haben sie für die evangelische Kirchengemeinde ein Fest ausgerichtet. „Design 4 you“ gestaltet Flyer für unterschiedliche Angebote und sorgt für deren Verteilung im Stadtteil.

Projektträger und Beteiligte

- Projektträger: „Verein zur Förderung der Eigeninitiative e.V.“ (ProFimannheim)
- Institutionen und Multiplikatoren: Humboldt-Hauptschule, Jugendhaus Erlenhof, AGFJ – Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände, Quartiermanager Neckarstadt-West, YEPP – Youth Emporment Partnership Programme, Evangelische Kirchengemeinde (Luthergemeinde), Betriebe aus dem Stadtteil und andere örtliche Firmen und Institutionen, ProFi-Gründer.

Projektkosten und Finanzierung

Förderung über ESF, Mittel des Programms LOS (Lokales Kapital für Soziale Zwecke); Freudenberg Stiftung Weinheim, örtliche Banken und Mannheimer Firmen (als Sponsoren der Preise).

Laufzeit

seit 2004

Weitere Informationen

www.profimannheim.de

ProFimannheim
Margot Römmich, Monika Scheytt
D 4, 5
68159 Mannheim
Tel: 0621/ 15 62 703
Mail: roemmich@profimannheim.de

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Einbeziehung von Schulen, Gewerbetreibenden und Jugendeinrichtungen
- Projektbezogene Weiterentwicklung beispielsweise durch Vernetzung der Jugendfirmen mit den örtlichen Institutionen und Betrieben (Auftraggeber).

Konzeption und integrativer Gehalt

- Verbindung bildungspolitischer, sozialer und wirtschaftlicher Ziele: Qualifizierung von Jugendlichen, Sensibilisierung für eine berufliche Selbständigkeit sowie Vernetzung.

Kulturelle Vielfalt

- Multiethnisches Beraterteam von ProFi-Junior
- In Jugendfirmen arbeiten Deutsche und Migranten.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Durch Zusammenarbeit mit örtlichen Einrichtungen und Schulen, stufenweisem Aufbau des Projektes und Kooperation zwischen Projektträger und Mentoren nachhaltige Wirkung und laufende Weiterentwicklung.

Kooperation zwischen Akteuren

- Kooperation mit zahlreichen Einrichtungen und Initiativen der Stadtteile sowie stadtweiten Partnern
- Kooperationspartner werden über konkrete Arbeitsaufgaben und Rollen integriert.

Sozialraum

- Einbindung örtlicher Initiativen und Einrichtungen
- Stadtteilorientierte Förderung von Existenzgründungen
- Weitere Anlaufstelle für Gründer von ProFimannheim in der Neckarstadt-West.

Empowerment

- Förderung von Eigeninitiative
- Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, mit denen die Teilnehmer Selbstbewusstsein erlangen, lokale Einbindung und Wertschätzung erfahren und leichter in die Erwerbstätigkeit einsteigen können.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Aktualität des Themas Existenzgründung
- altersgerechte Vermittlung der Inhalte
- Werbung für die Option einer selbständigen Tätigkeit
- positive Wirkungen des Projektes auf die Teilnehmer
- Netzwerkarbeit im Stadtteil zwischen Institutionen, Betrieben, Banken
- großes Engagement der Teilnehmer
- Anerkennung der Leistung und Nutzen bei Bewerbungen durch den Qualipass.

Perspektiven schaffen für muslimische Jugendliche Mannheim

„Perspektiven schaffen für muslimische Jugendliche“ ist ein Modellprojekt des Bundesinnenministeriums zur pädagogischen und politischen Bildung von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in muslimischen Gemeinden. Es entstand auf Initiative des Mannheimer Ausländerbeauftragten und will dauerhafte Strukturen und Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in Moscheevereinen aufbauen und diese in das bestehende Netzwerk der freien Kinder- und Jugendarbeit in Mannheim integrieren.

Kernelement ist eine Weiterbildung und Qualifizierung für jugendliche Ehrenamtliche aus den Moscheevereinen als Jugendleiter im Sinne des deutschen Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Es wurden bisher neun teilweise mehrtägige Workshops mit einer Gruppe von zeitweise 18 Personen durchgeführt. Der Schwerpunkt lag auf der organisatorischen Gestaltung von Jugendarbeit und der Vermittlung von pädagogischen und psychologischen Grundkenntnissen. Es nahmen Vertreter aus der DITIB-Moschee („Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion“ / Diyanet Islari Türk-Islam Birliği / DITIB), der VIKZ-Moschee (Verband islamischer Kulturzentren), der Geylani-Moschee und des Alevitischen Kulturzentrums teil. Bei der DITIB ist in der Folge des Projektes mittlerweile eine Jugendgruppe aktiv, die Alevitenjugend ist Mitglied (auf Probe) im Stadtjugendring, und auch bei der VIKZ wurden durch das Projekt jugendbezogene Initiativen angestoßen.

Zudem wurden islamische Vereinsvorstände beim Aufbau von Strukturen und Angeboten für Kinder und Jugendliche in den Vereinen beraten und Moscheevereine zur Kontaktaufnahme mit den Einrichtungen der freien Kinder- und Jugendpflege motiviert.

Das Projekt wurde unter der Anleitung eines Organisationsberaters durchgeführt und durch einen interreligiösen Projektbeirat gesteuert. Das Institut für Deutsch-Türkische Integrationsstudien und interreligiöse Arbeit e.V. wurde durch das Projekt Träger der freien Kinder- und Jugendpflege und bietet das Qualifizierungskonzept - gegen Gebühr - weiteren Vereinen an.

Projekträger und Beteiligte

- Institut für Deutsch-Türkische Integrationsstudien und interreligiöse Arbeit e.V. (Projekträger)
- Verschiedene Moscheevereine und muslimische Einrichtungen
- Stadtjugendring
- Evangelisches Kinder- und Jugendwerk
- Bund der deutschen katholischen Jugend (BdKJ)
- Schulen
- Stadtjugendamt
- Ausländerbeauftragter
- Migrationsbeirat.

Projektkosten und Finanzierung

- Zuschuss des Bundesinnenministeriums von jährlich ca. 120 000 €
- Zu Projektbeginn LOS-Mittel – pro Kurs ca. 10 000 €
- Eigenbeiträge der Vereine.

Laufzeit

Start 2002, Laufzeit 2 Jahre als BMI-Projekt, Verlängerung um 6 Monate für die Auswertung bzw. Evaluierung. Seit 2005 eigenständiges Projekt des Instituts.

Weitere Informationen

www.institut-mannheim.de

Ansprechpartner

Institut für Deutsch-Türkische Integrationsstudien und interreligiöse Arbeit e.V.

Talat Kamran / Ulrich Schäfer

Luisenring 15, 68159 Mannheim

0621-1222858 oder 0621-10 59 90 / 0173-3024927 (Kamran) oder 0621-1785157 (Schäfer)

institut@institut-mannheim.de

ulrich.schaefer@mannheim.de

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Jugendliche aus Moscheevereinen werden einbezogen und aktiviert.
- Einrichtungen im Stadtteil sind beteiligt.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Jugendliche erfahren eine sukzessive Weiterbildung und Qualifizierung und arbeiten am Ende der Seminarreihe eigenständig.
- Engagement für die freie Kinder- und Jugendarbeit auf kommunaler Ebene
- Fortbildungen zu besonderen Schwerpunkten.

Kulturelle Vielfalt

- Austausch zwischen Einrichtungen und Angeboten für Kinder und Jugendliche mit verschiedenen kulturellen und ethnischen Hintergründen wird gefördert.
- Jugendleiter mindestens einer christlichen Gruppe werden in die Ausbildung einbezogen.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Es werden langfristig wirksame strukturelle Veränderungen bewirkt.
- Projektträger etablierte und professionalisierte sich als Anbieter von Dienstleistungen für die Integration von Muslimen und muslimischen Vereinen.

Kooperation zwischen Akteuren

- Kooperation und Zusammenarbeit unterschiedlicher muslimischer Vereine, sowie zwischen muslimischen und nicht-muslimischen Vereinen.

Empowerment

- Muslimische Gemeinden werden befähigt und motiviert, eine aktive und verantwortungsvolle Rolle im gesellschaftlichen Leben einzunehmen.
- Jugendliche werden aktiviert und befähigt, Angebote der Kinder- und Jugendarbeit zu initiieren.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Unterstützung der Stadt Mannheim
- ausgewogene Besetzung aus Christen und Muslimen, Politikern und Islamwissenschaftlern in Vorstand und Beirat
- Aufbau von Beziehungen zwischen islamischen Vereinen, christlichen Gruppierungen und Schulen braucht Zeit, persönlichen Kontakt, ein inter-ethnisches und interreligiöses Team sowie guten Kontakt zu städtischen Gremien
- die Arbeit des Instituts im Projekt „Offene Moschee“, in dem seit 1995 mindestens 300 000 Nichtmuslime durch die Moschee geführt wurden.

Sicherheitsempfinden im Quartier

Das Sicherheitsempfinden der Quartiersbewohner ist ein wichtiger Indikator für die Lebensqualität im Stadtteil. Es ist hinlänglich bekannt, dass dieses nicht allein und auch nicht primär durch die objektive Sicherheitslage, sondern durch subjektive Einschätzungen bestimmt wird. Das Sicherheitsgefühl wird zudem wesentlich beeinflusst durch Sauberkeit, Ordnung und Ruhe im Stadtteil. Diese Faktoren sind zugleich auch wichtige Indikatoren „guter“ Wohnverhältnisse und „guter“ Lagen.

Wenn bei Bewohnern eines Quartiers das Sicherheitsempfinden beeinträchtigt ist, wirkt dies integrationshemmend. Diffuse Ängste werden in der Regel auf „Fremde“ projiziert, also auf Personen, die sich durch Aussehen, Sprache und Kultur von den Einheimischen unterscheiden.

Strategien von Kommunen und Wohnungsunternehmen zur Stärkung des Sicherheitsempfindens richten sich auf bauliche Maßnahmen, etwa die Verbesserung der Beleuchtung und die Beseitigung von Sichthindernissen im öffentlichen Raum sowie auf bauliche Abgrenzungen zwischen privatem, halböffentlichem und öffentlichem Raum. Maßnahmen zielen zudem auf die Bereitstellung geeigneter Freiflächen und Räume für unterschiedliche Zielgruppen, insbesondere Jugendliche. Durch die Bereitstellung von Räumen und Treffpunkten soll das Sicherheitsempfinden mittelbar befördert werden, indem ein „Herumlungern“ im öffentlichen Raum vermieden wird. Die Wohnungsunternehmen setzen – ggf. unter Einsatz öffentlicher Mittel – zunehmend Conciergen bzw. Hausbetreuer ein, die im Konfliktfall auch als Ansprechpartner und Schlichter für die Bewohner fungieren und verhindern können, dass sich ungebetene Fremde zum Gebäude Zutritt verschaffen.

Haus- und Siedlungsbetreuer in der Nassauischen Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Frankfurt am Main

Die Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH beschäftigt auf regulären Stellen so genannte Haus- und Siedlungsbetreuer, um in ihren Beständen die Nähe zu den Mieter zu gewährleisten und dort das Unternehmen zu repräsentieren. Rund ein Drittel der Mieterschaft ist ausländischer Nationalität, fast 45% ist 60 und älter.

Eingebunden in ein Bewirtschaftungsteam sind die Haus- und Siedlungsbetreuer jeweils für rund 1.000 Wohnungen zuständig. Ihre Aufgabe ist es, für Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit in den Siedlungen zu sorgen. Dazu sind sie dort regelmäßig unterwegs, wohnen zum Teil dort, und übernehmen Pfllegetätigkeiten in den Gebäuden und Außenanlagen. Zum Beispiel kontrollieren sie wöchentlich die Spielplätze und -geräte, reinigen die Außenanlagen und führen kleinere Instandhaltungsarbeiten in den Häusern durch. Sie sind auch Ansprechpartner für die Mieterschaft, helfen bei nachbarschaftlichen Konflikten, führen Wohnungs- und Schlüsselübergaben durch, begrüßen Neumieter und erläutern ihnen die Hausordnung. Durch ihre Bekanntheit und ihre Hilfe bieten sie gerade älteren Bewohnern ein Gefühl von Sicherheit.

Das Konzept der Haus- und Siedlungsbetreuer ist aus einer beschäftigungspolitischen Maßnahme für Langzeitarbeitslose hervorgegangen. Es sind daher vornehmlich ältere Arbeitnehmer mit und ohne Migrationshintergrund, die dauerhaft als Haus- und Siedlungsbetreuer beschäftigt werden. Ihre Qualifikation wird durch Fortbildungen –etwa in Haustechnik oder interkultureller Kompetenz – weiter ausgebaut. Weitergehende Handlungsbedarfe in der Pflege der Wohnanlagen, in der Instandhaltung oder bei Mieterkonflikten, die über die Kompetenzen oder die Zuständigkeit der Haus- und Siedlungsbetreuer hinausgehen, werden an die Kundenbetreuer oder Techniker im Bewirtschaftungsteam weitergeleitet.

Projektträger und Beteiligte

Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (ca. 66.000 Wohnungen, 860 Mitarbeiter).

Projektkosten und Finanzierung

Finanzierung aus Eigenmitteln des Unternehmens; Personalkosten werden zu 25% durch Betriebskostenumlage refinanziert.

Laufzeit

Seit 2000 unbefristet.

Ansprechpartner

Herr Ulrich Albersmeyer

Geschäftsstellenleiter

Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Postfach 70 07 55

60 557 Frankfurt am Main

Tel: 069/ 24 77 43 – 31 23

Fax: 069/ 24 77 43 – 40

ulrich.albersmeyer@naheimst.de

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen

- Haus- und Siedlungsbetreuer sind Langzeitarbeitslose, die mitunter selbst in den Siedlungen wohnen.
- Durch persönliche Präsenz und Arbeit als Ansprechpartner für Probleme tragen sie dazu bei, lokale Potentiale zur Konflikt- und Problemlösung zu stärken.

Konzeption und integrativer Gehalt:

- Die Maßnahme zielt auf eine Verbesserung des Sicherheitsempfindens der Bewohner.
- Abbau häufiger Konfliktquellen wie mangelnde Sauberkeit und Ordnung wirkt sich positiv auf das soziale Zusammenleben aus.
- Für alle Bewohnergruppen steigt die Aufenthaltsqualität in den Quartieren.

Kulturelle Vielfalt:

- Ethnische Zusammensetzung der Bewohnerschaft in den Siedlungen sehr heterogen
- Haus- und Siedlungsbetreuer können als Ansprechpartner und Dienstleister individuell auf Fragen und Probleme der einzelnen Haushalte eingehen.
- Haus- und Siedlungsbetreuer sind teilweise selbst Zuwanderer und werden in interkultureller Kompetenz geschult.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit:

- Langfristig angelegter Einsatz der Haus- und Siedlungsbetreuer
- Unbefristete Stellen.

Sozialraumbezug:

- Positive Beeinflussung der Wohnzufriedenheit und des Zusammenlebens in den Quartieren.

Wissenschaftliche Begleitung/Evaluation:

- Einsatz der Haus- und Siedlungsbetreuer wird bei Mieterbefragungen des Unternehmens aus Sicht der Bewohnerschaft positiv bewertet.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Einbindung der Haus- und Siedlungsbetreuer in ein Bewirtschaftungsteam
- Aufgabenbereiche und Weisungsbefugnisse klar definieren
- Haus- und Siedlungsbetreuer sollten in jedem Fall persönliche Fähigkeiten wie Freundlichkeit, Aufgeschlossenheit und Dienstleistungsmentalität besitzen.
- handwerkliche Fähigkeiten sind vorteilhaft.

Wohnumfeld

Viele Großwohnanlagen sind geprägt durch eine fehlende Differenzierung zwischen öffentlichem, halböffentlichem und privatem Raum. So wird es den Bewohnern erschwert, sich Flächen anzueignen und sich mit ihrem Wohnumfeld zu identifizieren. Insbesondere für Jugendliche fehlt es oft an nutzbaren und attraktiven Räumen – draußen wie drinnen.

Die Gestaltung des Wohnumfeldes wirkt sich auf das soziale Zusammenleben im Quartier aus, trägt zum Image eines Viertels bei und hat somit auch Bedeutung für das Integrationsklima für Zuwanderer. Öffentliche und halböffentliche Räume und Plätze (z.B. Gemeinschaftsräume von Wohnungsunternehmen, Spielplätze, Quartiersplätze) sind Orte der Begegnung und der Kommunikation, ermöglichen Neuzuwanderern die Orientierung in der Aufnahmegesellschaft und fungieren als Informationsdrehscheiben innerhalb der Nachbarschaft.

Ungestaltete, vernachlässigte Freiflächen laden nicht zum Verweilen ein. Flexibel gestaltete Freiflächen können diese Funktionen besser erfüllen, da die Vielzahl von unterschiedlichen Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner befriedigt werden kann. Daneben haben diese Räume einen starken symbolischen Wert, sowohl für das Außenimage des Quartiers als auch nach innen gegenüber den Bewohnern. Eine Akzente setzende Gestaltung von Hauseingangsbereichen und Wohnumfeld erleichtert die Identifikation der Bewohner mit ihrem Haus und ihrem Quartier. Kunst im öffentlichen und halböffentlichen Raum kann hierzu beitragen.

Persönliche Verortung und Identifikation kann sich allerdings erst da wirklich entwickeln, wo öffentliche, halböffentliche und private Räume deutlich voneinander abgegrenzt werden. So bietet z.B. die (nachträgliche) Einrichtung von Mietergärten Raum für Selbstverwirklichung und fördert zudem die Kommunikation zwischen den (Garten-)Nachbarn. Viele Wohnungsunternehmen beteiligen die Bewohner bei der Gestaltung des Wohnumfeldes, um die Wohnzufriedenheit, das nachbarschaftliche Miteinander und die Identifikation mit dem Wohnbereich zu erhöhen.

Kunst im Stadtteil – Großtransparente an Hochhäusern in Mümmelmannsberg Hamburg

Die in Hamburg-Mümmelmannsberg ansässigen elf Wohnungsunternehmen betreiben seit 2004 ein gemeinsames Stadtteilmarketing zur Imageverbesserung der Siedlung. Es wird von der Gesellschaft für Sozialmanagement und Projekte mbH (ProQuartier) durchgeführt. Im Rahmen des Konzeptes stellt das Thema „moderne Kunst im Stadtteil“ einen Schritt hin zu einer positiven Außendarstellung dar.

Ein Ergebnis der Arbeit sind große Transparente von ca. 80-100qm, die 2004 von Fassadenkletterern an den fensterlosen Wänden der Hochhäuser angebracht wurden. Die ausgewählten Bilder stammen von Künstlern, nach denen die Straßen im Viertel benannt sind. Plakate, die im Laufe der Zeit durch Witterungseinflüsse beschädigt wurden, werden seit 2005 nach und nach durch Kunstwerke von örtlichen Künstlern ersetzt, unter anderem von der seit über 15 Jahren bestehenden Frauenmalgruppe WIR. Außerdem haben sich Kinder aus dem Stadtteil auf den Kunst- und Kulturtagen in der Gesamtschule Mümmelmannsberg mit dem Thema „Blau“ künstlerisch auseinandergesetzt. Ihre Bilder wurden zusammengestellt und zu einem Transparent entwickelt. Mit einem weiteren Kunstwerk bedankte sich ProQuartier im Namen des Stadtteils bei der Gesamtschule Mümmelmannsberg für ihr Engagement gegen die derzeit negative Berichterstattung in den Medien. Die Motive der Frauenmalgruppe und die der Kinder werden ferner als Deckblatt für Werbeschreibblöcke der Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH (GWG) und für Postkarten genutzt. Unter dem Motto „Kunst von der Mümmelmannsberger Wand in die Hand“ dienen abgehängte Transparente zur Erstellung von Designertaschen, die beispielsweise bei Festlichkeiten verkauft oder verlost werden. Mit der Transparentaktion ist es gelungen, die Siedlung Mümmelmannsberg aus positivem Anlass in die örtliche Presse zu bringen. Anwohner wie Wohnungsunternehmen äußern sich einstimmig positiv zu der Aktion.

Im Rahmen des Stadtteilmarketings werden weitere Projekte zum Thema „Kunst“ durchgeführt, wie z.B. die Projektion von Kurzfilmen an Hauswände. Die Aktivitäten sind eingebunden in ein Gesamtkonzept, in dem ein Aktivfonds zur Unterstützung von Initiativen, Festen und Freundschaftstagen im Stadtteil zur Verfügung steht.

Projektträger und Beteiligte

- ProQuartier (Träger)
- Frauenmalgruppe WIR
- Gesamtschule Mümmelmannsberg
- Kinder aus dem Stadtteil
- Weitere Anwohner.

Projektkosten und Finanzierung

Die Transparentaktion wird von den Wohnungsunternehmen im Rahmen des Stadtteilmarketings finanziert.

Laufzeit

2004 bis zunächst 2007, voraussichtlich länger.

Weitere Informationen

www.muemmelmansberg.de (ab Herbst 2006)

Ansprechpartner

Herr Nikolas Schroeder
Gesellschaft für Sozialmanagement und Projekte mbH
Maurienstraße 15
22305 Hamburg
Tel.: 040 – 42666- 9740
nschroeder@proquartier.de

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Transparentaktion im Auftrag von elf Wohnungsgesellschaften durch ProQuartier durchgeführt
- Einbeziehung der Frauenmalgruppe, von Kindern und anderen Bewohnern.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Identifikation der Bewohner
- Verbesserung des Außenimages von Mümmelmansberg
- Förderung (künstlerischer) Potentiale der Bewohnerschaft
- Kooperation unterschiedlicher Akteure (Wohnungsunternehmen, Gesamtschule, Malgruppe).

Kulturelle Vielfalt

- Bewohner mit unterschiedlichstem ethnischen Hintergrund wurden einbezogen.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Nachhaltig positiver Einfluss auf Identifikation der Bewohner sowie Binnen- und Außensicht des Stadtteils.

Sozialraumbezug

- Direkter Bezug auf den Stadtteil Mümmelmansberg
- Abstimmung auf die Zielgruppe sowie die Besonderheiten des Sozialraums
- Straßennamen waren ausschlaggebend für die Auswahl der Kunstwerke
- später wurden Motive der ansässigen Malgruppe WIR und der Mümmelmansberger Kinder herangezogen.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Ein Thema (hier: Kunst im Stadtteil) dient als Rahmen für unterschiedliche Aktivitäten im Stadtteil.
- Dieses sollte zur Zielgruppe und zum Quartier passen.
- Es sollten sowohl die Perspektive der Bewohner als auch die Außensicht berücksichtigt werden.

Umgestaltung eines Innenhofs unter Beteiligung der Bewohner Hamburg, Mümmelmannsberg

Die Innenhöfe der Wohnanlage im Hamburger Stadtteil Mümmelmannsberg, waren eintönig, mit schlichten Rasenflächen gestaltet und wurden von den Bewohnern kaum genutzt. Im Rahmen eines Sanierungsverfahrens wurden mehrere Höfe der halboffenen Gebäudeblöcke umgestaltet. Ein Beispiel dafür ist die Neugestaltung des Hofes 9 Süd. Im gesamten Stadtteil liegt der Ausländeranteil derzeit bei ca. 25%.

Die Umgestaltung umfasste folgende Maßnahmen: Für die Kinder wurde ein Spielplatz gebaut, der gleichzeitig auch vom ansässigen Kindergarten genutzt werden kann. Die Mieter der Erdgeschosswohnungen bekamen kleine Gärten vor ihre Terrassen und teilweise gehbehindertenfreundliche Zugänge von der Hofseite aus. Vorhandene Fassaden wurden zu neu angelegten Terrassen geöffnet. Das Zentrum des Hofes wurde durch eine Wasserfläche mit Wasserspielen, einem Pavillon als Treffpunkt sowie großzügiger Begrünung mit einer neu modellierten kleinen Landschaft gestaltet. Um das Sicherheitsgefühl der Mieter zu erhöhen, wurde der Hof für die Öffentlichkeit geschlossen und erhielt eine neue Beleuchtung.

Wesentlich für den Umgestaltungsprozess war ein intensives Beteiligungsverfahren. Es wurden zahlreiche Veranstaltungen mit den Bewohnern des Blocks durchgeführt, auf denen sie mit Hilfe eines Modells der Ist-Situation ihre Vorstellungen über die Hofumgestaltung entwickeln konnten. Die Mieter entwickelten ihre Ideen und Wünsche und lernten in dem insgesamt rund zwei Jahre dauernden Prozess auch, ihre Interessen zu artikulieren und durchzusetzen. Insgesamt beteiligten sich 70-80% der Hofanwohner an der Umgestaltung. Ausschlaggebend für das hohe Interesse und die rege Beteiligung an der Umgestaltung war die Möglichkeit, den Hof für die Öffentlichkeit zu sperren und sich ihn als (halb-)privaten Raum anzueignen.

Die Beteiligungsmaßnahmen führten dazu, dass sich viele Mieter untereinander kennen gelernt haben und heute Nachbarschaft – v.a. zwischen den Mietergärtnern – gelebt wird. Die soziale Kontrolle im Hof ist hoch, die Mieter kümmern sich um die Pflege der Gärten und die Ordnung in den Gemeinschaftsbereichen. Vandalismus ist seit der Umgestaltung kein Problem mehr. Die GWG als Wohnungseigentümerin stellt zudem fest, dass kaum noch Mieterfluktuation zu verzeichnen ist.

Projekträger und Beteiligte

- SAGA/GWG (Wohnungsunternehmen im Eigentum der Stadt Hamburg)
- Leitung des ansässigen Kindergartens
- PPL (Planungsgruppe Professor Laage) als Sanierungsträger
- Anwohner.

Projektkosten und Finanzierung

- Gesamtkosten der Hofneugestaltung: 536.000 €
- Davon 461.000 € im Rahmen des Sanierungsverfahrens durch öffentliche Mittel finanziert.

Laufzeit

Die Umgestaltung erfolgte in den Jahren 1992/1993.

Ansprechpartner

Planungsgruppe Professor Laage
Bei den Mühren 70
20457 Hamburg
Tel.: 040/431 95-0
Fax: 040 / 431 95 99

Email: info@ppl-hh.de

Internet: <http://www.ppl-hh.de/>

Gute-Praxis-Begründung

Einbeziehung lokaler Ressourcen (einschließlich Bürgerbeteiligung/Beteiligung der Zielgruppe/n)

- Mieter eines Blocks wurden intensiv in die Umgestaltung des Innenhofs einbezogen, ebenso die Leitung des ansässigen Kindergartens.

Konzeption und integrativer Gehalt

- Identifikation der Mieter mit ihrem Wohnblock wird gefördert, Fluktuation gesenkt, Sicherheitsgefühl der Anwohner erhöht und Anstoß gegeben, Nachbarschaft zu pflegen
- Rahmenbedingungen für Integration wurden so auf vielfältige Weise verbessert.

Kulturelle Vielfalt

- Alle Bewohner, die aus verschiedensten Kulturen stammen, konnten sich mit ihren Wünschen und Anregungen einbringen.
- Die Gestaltung der Mietergärten bleibt den einzelnen Haushalten überlassen.

Langfristigkeit/Nachhaltigkeit

- Dauerhafte Erhöhung der Wohnqualität
- Gärten und gemeinsame Treffpunkte verbessern Kommunikation und Nachbarschaft.

Sozialraumbezug

- Die Gestaltung der Höfe setzt unmittelbar an der konkreten Lebenssituation der Mieter an.

Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Voraussetzung ist ein generelles Interesse der Bewohner an der Umgestaltung ihres Hofes sowie der Wille zur Beteiligung.
- Ein Umgestaltungskonzept sollte ergebnisoffen in einem Beteiligungsverfahren entwickelt werden.
- Ohne Interesse der Bewohner sind solche Maßnahmen nicht Erfolg versprechend; so wurden z.B. in anderen Höfen in Mümmelmannsberg Mietergärten von der Mehrheit der Bewohner gänzlich abgelehnt.

Veröffentlichungen im Rahmen des Projektes

Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina/Floeting, Holger/ Reimann, Bettina
Ethnische Ökonomie. Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab.
Schader-Stiftung/Deutsches Institut für Urbanistik. Darmstadt/Berlin 2005

Krüger-Konrad, Kirsten
Zuwanderer in der Stadt - Expertisen zum Projekt -
Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“. Darmstadt 2005

Petendra, Brigitte
Sozialräumliche Integration von Zuwanderern. Best-Practice-Beispiele.
Schader-Stiftung. Darmstadt 2005

Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hrsg.)
Integration – Sind wir auf einem guten Weg?
Dokumentation der Tagung am 22. März 2006 in Köln. Mai 2006

Höbel, Regina/Kloth, Melanie/Reimann, Bettina/Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina
Stadträumliche Integrationspolitik – Umsetzung der Empfehlungen des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“.
Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“. Darmstadt 2006